

# Grundsatzprogramm der Jungen Union Brandenburg

- Leitlinien für unsere Zukunft -



### **1. Ehe, Familie und Ehrenamt**

Die Familie ist die Basis unserer Gesellschaft: Kind UND Beruf, die Anerkennung familiärer Leistungen und eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern sind unverzichtbar.

### **2. Bildung, Jugend und Sport**

Nicht alle Menschen sind gleich, sondern die Möglichkeiten sollen es sein. Daher sind für uns Leistungsprinzip, Elitenbildung nach Fähigkeit und individuelle Förderung selbstverständlich.

### **3. Bevölkerung, Demographie und Zuwanderung**

Die demographische Entwicklung entscheidet über die Zukunft unserer Heimat – es braucht jetzt intensive Anstrengungen und die Bereitschaft, sich den Realitäten zu stellen.

### **4. Immigration und Integration**

Ehrlichkeit statt Bequemlichkeit, fördern und fordern, gezielte Einwanderung und klare Regeln sind die Grundlage jeder Gesellschaft, die sich auf Dauer Toleranz und Offenheit bewahren will.

### **5. Rente und Generationengerechtigkeit**

Es darf nicht zu einem Konflikt der Generationen kommen – nur gemeinsam können Wohlstand und Stabilität erhalten bleiben, das bedeutet aber auch eine Reform des Rentensystems.

### **6. Innere Sicherheit**

Die innere Sicherheit ist die Basis von Sozialstaat, Kultur und Wohlstand – moderne Mittel der Kriminalitätsbekämpfung, schnellere Verfahren und eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit sind die Eckpfeiler notwendiger Reformen.

### **7. Infrastruktur, Ländlicher Raum, Stadt- und Regionalplanung**

Brandenburg muss in der Fläche auch zukünftig über eine ausgebaute Infrastruktur verfügen – neue Wege und Technologien können Ansätze einer wirtschaftlichen Stärkung sein.

### **8. Landwirtschaft, Umwelt und Energie**

Die Erde gehört nicht uns, sondern unseren Kindern. Der Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung kann auf Dauer nur im Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie gelingen.

### **9. Arbeit, Soziales und Gesundheit**

Eigene Leistung muss sich lohnen – daher kann es keine Lebensstandartsnivellierung bei unterschiedlicher Arbeit geben. Wir setzen uns für Solidarität mit denen ein, die Transferleistungen empfangen aber auch mit denen, die sie erarbeiten. Um im Alter eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung zu erhalten, sprechen wir uns für neue Ansätze aus.

### **10. Wirtschaft und Finanzen**

Privat vor Staat gilt ebenso wie die Anforderung an den Staat, den freien Wettbewerb mit klaren Regeln zu erhalten. Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Innovationen und der Erhalt einer industriellen Leistungsfähigkeit bilden die Grundlage unseres Wohlstandes.

### **11. Kultur, Geschichte und Religion**

Unsere kulturelle und historische Identität ist Kern unseres Selbstverständnisses – diese zu achten und zu bewahren ist Basis jeder funktionierenden Gesellschaft.

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Ehe, Familie und Ehrenamt</b>	<b>4</b>	l) Schuldenbremse	31	a) Rechtsstaat	16	g) Hochwasser- und Gewässerschutz	23
a) Grundsätzliches	4	m) Demographie und Personal	31	b) Polizei	16	h) Emission und	
b) Kinder	4	n) Kommune	31	c) Extremismus	17	Geschwindigkeitsbeschränkung	24
c) Ehrenamt	4	o) Subventionen	32	d) Zielgerichtete Kriminalitätser-	17	i) Müllentsorgung und –trennung	24
		p) Steuern	32	fassung		<b>C) ENERGIE</b>	24
<b>2. BILDUNG, JUGEND UND SPORT</b>	<b>6</b>	q) Verantwortung von Wirtschaft	32	e) Grenzübergreifende Kontrollen	17	j) Erneuerbare Energien	24
a) Kindergarten	6	und Staat		f) Internetkriminalität	17	k) Verbraucherschutz	25
b) Stellenwert der Bildung	6	r) Europäische Finanzen	32	g) Datenschutz	17		
c) Schule	6			h) Katastrophenschutz	17	<b>10. ARBEIT, SOZIALES UND GESUNDHEIT</b>	26
d) Schülerinnen und Schüler	7	<b>4. BEVÖLKERUNG, DEMOGRAPHIE UND</b>		i) Volksentscheide	18	a) Ausbildung und Lehrstellen	26
e) Lehrkräfte	7	<b>ZUWANDERUNG</b>	9			b) Gleichbehandlung und	26
f) Hochschulen	7	a) Demographische Entwicklung	9	<b>8. INFRASTRUKTUR, LÄNDLICHER RAUM,</b>	19	Leistungsgerechtigkeit	
g) Jugend	8	b) Entscheidung zum Kind	9	<b>STADT- UND REGIONALPLANUNG</b>		c) Beamte	26
h) Sport	8	c) Anreize schaffen für Eltern	10	a) Verwaltung	19	d) Kündigungsschutz	26
		d) Heimat und Patriotismus	11	b) Neue Modelle	19	e) Mitarbeiterbeteiligung	26
<b>3. WIRTSCHAFT UND FINANZEN</b>	<b>29</b>	e) Rückholprogramme	11	c) Transportwege	19	f) Arbeits- und Ladenöffnungszeiten	26
<b>A) WIRTSCHAFT</b>	<b>29</b>			d) Internet	20	g) Zeitarbeit und Leiharbeit	27
a) Wettbewerb	29	<b>5. IMMIGRATION UND INTEGRATION</b>	12	e) Städteplanung	20	h) Minijobs	27
b) Verantwortung der Unter-	29	a) Minderheiten	12			i) Mindestlohn und Tarifautonomie	27
nehmen		b) Qualität statt Quantität	12	<b>9. LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND</b>	21	j) Soziales	27
c) Nachhaltige Wirtschaftsförder-	29	c) Verlässlichkeit der Regeln	12	<b>ENERGIE</b>		k) Sozialdienst	27
politik		d) Wahlrecht	13	<b>A) LANDWIRTSCHAFT</b>	21	l) Gesundheit	28
d) Daseinsfürsorge und Privati-	29	e) Asyl	13	a) Für eine zukunftsfähige	21	m) Pflege	28
sierung				Landwirtschaft			
e) Kommunale Beteiligung	29	<b>6. RENTE UND GENERATIONEN-</b>	14	b) EU und Landwirtschaft	21	<b>11. GESCHICHTE, KULTUR UND RELIGION</b>	33
f) Tourismus	30	<b>GERECHTIGKEIT</b>		c) Eigenverantwortliche Ver-	22	a) Geschichte	33
g) Industrie	30	a) Anpassung an die Realität	14	braucher stärken		b) Kultur	33
h) Ressourcensicherung	30	b) Lebensarbeitszeit	14	d) Gentechnik	22	c) Deutsche Sprache	34
i) Forschung und Entwicklung	30	c) Anrechnung für Kinder	14	e) Landwirtschaftliche	23	d) Religion	34
<b>B) FINANZEN</b>	<b>30</b>	d) Generationenausgleich	14	Energieerzeugung		e) Meinungsfreiheit	34
j) Leitsatz	30			<b>B) UMWELT</b>	23		
k) Ausgangssituation	31	<b>7. INNERE SICHERHEIT</b>	16	a) Naturschutzgebiete	23	<b>12. Mitwirkende</b>	<b>35</b>

## 1. EHE, FAMILIE UND EHRENAMT

In vielen hundert Jahren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen sind Ehe und Familie die Keimzelle unseres Zusammenlebens geblieben. Als kleinster Kern der Gesellschaft, als Rückzugsort und Quelle der Kraft ist sie unersetzlich. Die Familie bereitet Kinder in ihrer Erziehungsfunktion auf das gesellschaftliche Leben vor und sorgt für die Entwicklung zu Persönlichkeiten. Diese Erziehungsfunktion, die elementar wichtig ist, kann nur von einer intakten Familie gewährleistet werden.

### a) Grundsätzliches

Bei einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau mit allen damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen, muss es das wichtigste Anliegen des Staates sein, Anreize und Förderungen zu schaffen, Kinder in die Welt zu setzen. Ausgehend vom traditionellen Bild einer unter dem besonderen Schutz des Staates stehenden Ehe ist es daher notwendig, neue Wege in der Förderung von Familien mit Kindern zu gehen. Vor der Förderung von einzelnen Formen des Zusammenlebens muss daher die Hilfe für diese Familien mit Kindern stehen. Das bestehende Ehegattensplitting, das auch auf homosexuelle Partnerschaften ausgedehnt werden soll, wie auch andere Fördermaßnahmen des Staates wären besser angelegt in einem Familiensplitting, das steuerlich diejenigen begünstigt, die sich für Kinder entschieden haben. Jedes Kind mildert hier die Steuerhöhe und führt zu einer materiellen Angleichung an die Lebensverhältnisse kinderloser Paare. Das Familiensplitting soll gekoppelt sein an die Erziehungsgemeinschaft zusammenlebender Paare, um so vor allem diejenigen zu fördern, die Leistung für das Kind erbringen.

Die JU Brandenburg fordert außerdem die Beibehaltung der Gleichstellung der verschiedenen Erziehungsmodelle. Die häusliche Erziehung darf nicht zur Ausnahmeerscheinung degradiert werden. Daher muss der Rentenanspruch und das Einkommen des erziehenden Elternteiles sichergestellt werden, damit eine optimale Erziehung auch zu Hause möglich ist, wovon die Gesellschaft als Ganzes profitiert. Es muss dabei allerdings für beide Elternteile in jedem Fall möglich sein, arbeiten zu gehen. Gerade in unserer Region ist dies verstärkt der Fall – was die Bedeutung der Kindergärten und Kindertagesstätten nochmals hervorhebt.

### b) Kinder

Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Wir können der demographischen Krise zwar nicht entrinnen, aber wir können die Auswirkungen für die Zukunft unseres Landes, für die Bevölkerung, für die Renten und Finanzen abmildern. Jedoch nur, wenn wir Familien mit Kindern in unserer Gesellschaft nach Kräften fördern und unterstützen. Auch müssen die Steuer- und Abgabenlasten für Familien deutlich reduziert werden. Wer einen Beitrag zum Erhalt unseres Volkes, der Sozialsysteme und des Landes leistet, der darf dafür nicht indirekt bestraft, sondern muss belohnt werden. Eine konsequent ermäßigte Mehrwertsteuer für Kinderprodukte im Rahmen einer Mehrwertsteuerreform ist daher überfällig. Die Garantie der ausschließlichen Zurverfügungstellung von Babyklappen in dafür geeigneten medizinischen Einrichtungen muss künftig verhindern, dass unqualifizierten Einrichtungen die Obhut über abgegebene Kinder übertragen wird. Wir stehen zum Schutz und Erhalt ungeborenen Lebens. Hunderttausend (Dunkelziffer: bis zu Dreihunderttausend) abgetriebene Kinder Jahr für Jahr in Deutschland sind nicht Ausdruck einer offenen Gesellschaft, sondern zeigen, dass die Folgen der Abtreibung für junge Frauen auf Jahrzehnte hinaus nicht genügend thematisiert werden und die Unverantwortlichkeit im Umgang mit Sexualität und dem eigenen Körper zunimmt. Eine gezieltere Aufklärung über körperliche und psychische Folgen ist hier dringend notwendig. Eine Abtreibung an sich muss in Ausnahmefällen möglich bleiben, wenn eine besonders schwere psychische oder physische Belastung bei Austragung des Kindes für die Schwangere festgestellt wird.

### c) Ehrenamt

Ein erheblicher Teil vieler kultureller, sozialer und kommunaler Arbeiten und Angebote wird von Ehrenämtern getragen. Deren freiwillige Leistung ist unverzichtbar und muss gefördert werden. Dazu gehört die steuerliche Berücksichtigung der Tätigkeiten. Allerdings bleibt in der Breite vielen unklar, welche Möglichkeiten bestehen, sich einzubringen und welche Vorteile damit verbunden sind. Daher ist es notwendig, frühzeitig, z.B. der Schule, im Internet und bei öffentlichen Veranstaltungen über die zur Verfügung stehenden Ehrenämter zu

48 informieren und herauszustellen, dass nicht nur das gesellschaftliche Ansehen und der Hilfsdienst, sondern  
49 auch Vorteile in der Ausgestaltung im Lebenslauf zu den positiven Folgen einer Eigenbeteiligung gehören.  
50 Wichtig bleibt festzuhalten, dass die Trennung von Ehrenamt und sozialversicherungspflichtiger Arbeit  
51 bestehen bleibt, um den Charakter des Ehrenamtes nicht zu verfälschen. Zur Stärkung des Ehrenamtes setzen  
52 wir uns für eine Ehrenamtskarte ein, deren Besitzer kommunale Leistungen, etwa im Kulturbereich, günstiger  
53 nutzen können soll. Voraussetzung für eine solche Ehrenamtskarte, deren Gültigkeit bei einem Jahr liegen und  
54 die jährlich neu herauszugeben ist, soll eine klare vorab getroffene Regelung darüber sein, wie viele  
55 Ehrenamtsstunden erforderlich sind und welche Arbeit hier als ehrenamtlich gilt.



57 **Bildung ist Länderangelegenheit, doch sollte eine intensivere Abstimmung und Kooperation über die**  
 58 **Ländergrenzen hinweg stattfinden. Ein fester Rahmen mit klaren Anforderungen soll zu vergleichbar guten**  
 59 **Abschlüssen führen, die sich an der individuellen Leistung der Schüler orientieren. Die Schaffung einer**  
 60 **Bildungselite durch Leistung, nicht durch Herkunft muss Ziel sein. Nur so kann die gesamte Gesellschaft**  
 61 **profitieren. Ausgaben für die frühkindliche Bildung sind belegbar volkswirtschaftlich lohnende Investitionen.**

#### 62 **a) Kindergarten**

63 Die elterliche Erziehung ist das Fundament auf dem jede spätere Entwicklung eines Kindes aufbaut. Der  
 64 Kindergarten aber hat die Aufgabe, die Kinder in Verhalten und Wissen auf die Schule vorzubereiten. Dazu  
 65 gehört die spielerische Erlernung von Grundlagen, die in der Schule unverzichtbar sind, vor allem die deutsche  
 66 Sprache, ein vorbereitendes Fremdsprachenangebot sowie soziale Kompetenz. Vor der Einschulung, im Alter  
 67 von spätestens 4 Jahren soll ein Sprachtest zum Nachweis der deutschen Sprachfähigkeit als Erweiterung zu  
 68 den üblichen körperlichen und kognitiven Tests Pflicht werden. Wer diesen nicht besteht, muss intensiv und  
 69 individuell gefördert werden. Das letzte Kindergartenjahr als Vorschule soll für alle Kinder verpflichtend sein  
 70 und die Kosten nach Einkommen der Eltern gestaffelt werden. Kindergärtner sollten ihrer  
 71 verantwortungsvollen Aufgabe nach ausgebildet und entlohnt werden. Ganztagskindergärten sollten zur  
 72 Unterstützung von Eltern mit Schichtarbeit weiter gefördert werden. Tagesmütter bilden eine sinnvolle  
 73 Ergänzung zu den Kindergärten, sollten aber auch entsprechend ausgebildet und entlohnt werden.

#### 74 **b) Stellenwert der Bildung**

75 Die Leistungsfähigkeit und Intelligenz seiner Bürger sind für ein rohstoffarmes Land wie Brandenburg von  
 76 entscheidender Bedeutung. Die Kommunen müssen für intakte Schulen und Bibliotheken sorgen. Schulen  
 77 sollten selbstständig nach Partnern in der Wirtschaft suchen und zu unterrichtsspezifischen Themen Vorträge  
 78 halten lassen. Wirtschaft und Recht sind im Unterricht gar nicht oder marginalisiert vorhanden, obwohl diese  
 79 Bereiche für jeden essentiell wichtig sind – Steuern, Rechte und Pflichten sollten daher auch in der Schule  
 80 behandelt werden. Die Schüler müssen auf ihr weiteres Leben vorbereitet werden. Der Politik- Unterricht sollte  
 81 frühzeitig angeboten und für mindestens zwei Jahre verbindlich sein. Wirtschaft und Recht sollten Bestandteil  
 82 des Politikunterrichts sein, da diese Bereiche für jeden wichtig sind.

#### 83 **c) Schule**

84 Wir stehen zum differenzierten Schulsystem. Alle Untersuchungen, ob Pisa oder Ländervergleiche, zeigen, dass  
 85 die Bundesländer mit differenziertem Schulsystem bessere Ergebnisse erzielen als die, welche dieses  
 86 Schulsystem aus ideologischen Gründen abgeschafft haben. Einheitsschulen lehnen wir ab. Um jedoch alle  
 87 Potentiale effektiv nutzen zu können, sollte zwischen den Schulformen eine höhere Durchlässigkeit gefördert  
 88 werden, sodass es Schülern auch nachträglich möglich ist in eine höhere Schulform zu wechseln.

89 Dort wird weder den schwächeren, noch den stärkeren Schülern ein Gefallen getan. Fördert man die  
 90 Schwächeren und erzwingt ein Lernniveau, das sich an diesen schwächeren orientiert, bremst man die  
 91 Stärkeren aus. Andersherum werden schwächere Schüler unnötig unter Druck gesetzt. Ein individueller  
 92 Leistungsunterricht ist ohne eine erhebliche Verringerung der Schülerzahlen pro Klasse nur bei relativ  
 93 ähnlichem Lernniveau möglich. Wir stehen zum Abiturs nach der 12. Klasse, um wettbewerbsfähiger zu werden  
 94 – nur muss auch dafür gesorgt werden, dass Schüler hier nicht überfordert werden. Dazu muss auch der Lehr-  
 95 plan auf 12 Jahre neuausgerichtet werden und nicht einfach auf die anderen Jahre verteilt werden.

96 Die Klassen müssen verkleinert und der Unterrichtsausfall auf Null gebracht werden. In dieses Vorhaben  
 97 müssen neben den Lehrkräften auch die Eltern und Schüler, sowie die Wirtschaft miteinbezogen werden.  
 98 Praxisnahes Lernen, insbesondere für die Gesamt- und Oberschulen muss Ziel sein. Ratschläge für einen  
 99 zukunftsorientierten Unterricht sollten immer willkommen sein. Wir sprechen uns für individuelle Förderung  
 100 schwächerer Schüler aus. Beim Lehrplan selbst sollten Mathematik und Deutsch sowie Englisch einen ihrer  
 101 Bedeutung entsprechenden Raum einnehmen. Förderunterricht anzubieten sollte hier eine  
 102 Selbstverständlichkeit für jede Schule sein, hierzu müssen den Lehrern mehr Stunden zugeordnet werden. Je

103 nach Bedarf sollte es die Möglichkeit zum Besuch von unverpflichtenden Ganztagschulen geben. Privatschulen  
104 fördern den Wettbewerb und sind daher als Ergänzung zu begrüßen.

105 In der demographischen Situation in der wir uns befinden und die sich verstärkt, verlieren die äußeren  
106 Regionen unseres Landes immer mehr Menschen, während im so genannten Speckgürtel um Berlin die  
107 Bevölkerung wächst. Das darf aber nicht dazu führen, dass wir rigoros die Schulen auf dem Land schließen und  
108 den Wegzugseffekt damit verstärken. Kleine Klassen müssen erlaubt sein und sind sogar sinnvoll – ist absehbar,  
109 dass sich die Schülerzahl stabilisiert, muss eine Schule unbedingt erhalten werden. Lange Schulwege sind im  
110 Interesse der Schüler und der Eltern unbedingt zu vermeiden.

111 Um einen erfolgreichen Start und eine gemeinsame Basis für die kommende Schulzeit zu ermöglichen, fordern  
112 wir, die Schüler der ersten Klassen mit Grundmaterialien, zentral eingekauft von den Schule auszustatten, um  
113 eine frühzeitige Ausgrenzung nach materieller Ausstattung zu verhindern. Schuluniformen steigern den Bezug  
114 zur Schule, schaffen Identität und Zugehörigkeit und verhindern Ausgrenzung nach materieller Ausstattung.  
115 Aus diesem Grund unterstützen wir die individuelle Entscheidung der Schulen, zur Einführung von  
116 Schuluniformen. Ein zu hoher Anteil von Frauen im Lehrkörper führt zu einem einseitigen Unterrichts- und  
117 Lehransatz. Ein möglichst ausgeglichenes Verhältnis der Rollenvorbilder muss hier auch ohne Quote angestrebt  
118 werden.

119 Bildung im Bereich der Online-Arbeit muss verstärkt werden: zur Förderung der unabdingbaren multimedialen  
120 Kompetenz sollten allerdings einige Kurse mit vermehrter Online- und digitaler Begleitung angeboten werden.  
121 Das Zeugnisssystem sollte vereinheitlicht werden. Ein wichtiger Bestandteil sollte auch eine individuelle  
122 Persönlichkeitsbeschreibung des Kindes sein.

123 Die Schulleiter sollten dazu angehalten werden, die gerade von der EU angebotenen Förderprogramme für ihre  
124 Schulen und eine bessere materielle Ausstattung zu nutzen. Das Schulesen ist mehr als nur ein zusätzliches  
125 Angebot der Bildungseinrichtung: es ist zumeist Grundlage dafür, den Tag konzentriert zu überstehen. Wir  
126 setzen uns daher für ein gesundes, günstiges Schulesen ein, dass jedem Kind im Sinne der Leitlinien der Union  
127 dieselben Chancen auch beim Lernen ermöglichen sollen. Eine durch Gutscheine geregelte Unterstützung sozial  
128 benachteiligter Schüler könnte hier gezielter helfen als ein Schülerbafög.

129 Schule sollte Spaß machen, doch der Unterricht darf nicht zur Spielwiese werden. Dieser Anspruch muss auch  
130 durch die Autoritätsperson des Lehrers garantiert werden, der klare Befugnisse hat und nicht bei der Benotung  
131 das Wohlwollen der Eltern im Auge behalten muss. Autorität bedeutet nicht Rohrstock – es bedeutet aber eine  
132 deutliche Abkehr vom laissez-faire Schulsystem gestriger Ideologen. Freizeitaktivitäten sollten auch vermehrt  
133 im Rahmen der Betreuung in einer Ganztagschule angeboten werden.

#### 134 **d) Lehrkräfte**

135 Die Lehrer tragen als Vorbilder und Wissensvermittler eine besondere Verantwortung. Sie sind als Pädagogen,  
136 egal in welcher Schulform, dafür verantwortlich, die Schulkinder auf das Leben vorzubereiten. Sie sind daher  
137 auch eine Autoritäts- und Respektsperson. Zwar findet die Hauptideologie in der Familie statt, doch die Schule  
138 ist für die Sozialisierung unerlässlich. Jede Lehrkraft soll in unregelmäßigen Abständen von externen Prüfern  
139 auf die Leistungsfähigkeit und Eignung überprüft werden. Fortbildungen sollen zur Pflichtaufgabe werden. Ein  
140 auch wirtschaftlich attraktiver Lehrberuf soll eine Abwerbung durch andere Bundesländer verhindern, dazu  
141 wäre ein bundesweit annähernd ähnliches Gehalt anzuregen, ebenso wie gleiche Verbeamtungsgrundsätze für  
142 die Lehrkräfte. Desweiteren muss sichergestellt werden, dass durch ausreichend Referendariatsstellen in allen  
143 Lehramtsfächern der eigene Nachwuchs ausgebildet werden kann.

#### 144 **e) Hochschulen**

145 Wir sprechen uns gegen allgemeine Studiengebühren aus. Um die Finanzierbarkeit des Hochschulsystems zu  
146 gewährleisten und weiter zu entwickeln, muss der Posten Bildung im Bundes- und in den Länderhaushalten  
147 drastisch erhöht werden. Eine generelle Umstrukturierung des Hochschulsystems in Deutschland muss ebenfalls  
148 angestrebt werden. Das Stipendiensystem soll wirtschaftsnahe ausgebaut und günstige Kredite angeboten  
149 werden. Die Zurückzahlung der Kredite soll sich auch nach den im Studium erbrachten Leistungen und der

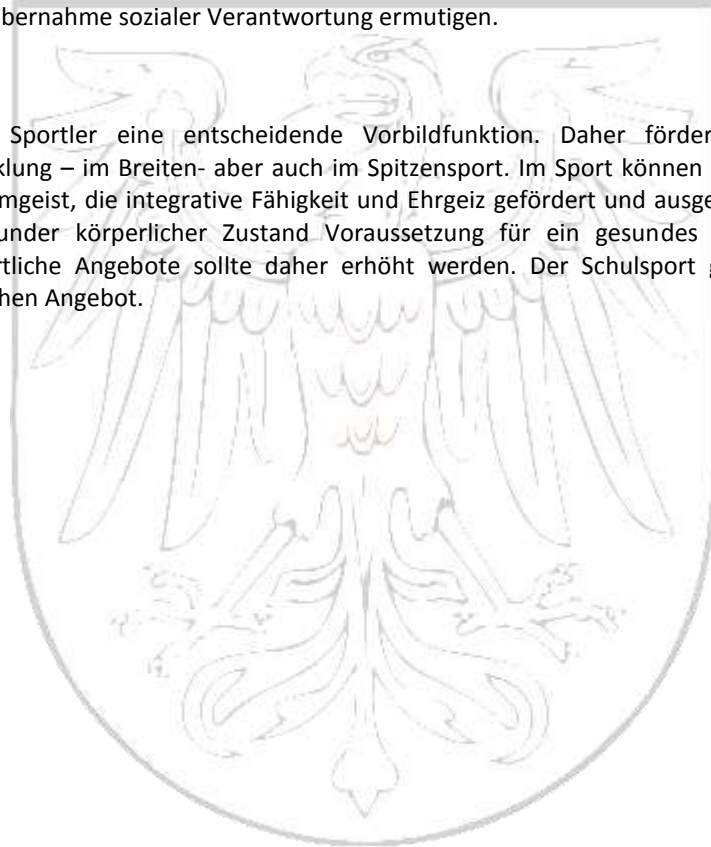
150 Leistungsfähigkeit im Arbeitsleben richten. In unseren Augen muss die Zentrale-Vergabe-Stelle (ZVS)  
151 abgeschafft werden. Studienwillige müssen sich direkt bei den Hochschulen bewerben. Ein Recht auf einen  
152 Studienplatz gibt es nicht. Eine bessere Koordinierung der Hochschulen bei der Vergabe von Studienplätzen ist  
153 im Lichte der Doppel- und Dreifachbelegung von Studienplätzen notwendig. Das Studium wird von uns als  
154 Zukunftsinvestition definiert. Grundsätzlich sollten sich gerade Studenten der für die Gesellschaft teuren  
155 Studiengänge wie Medizin verpflichten, zumindest eine angemessene Anzahl von Berufsjahren im Inland zu  
156 verbringen, um einen gesamtfiskalischen Ausgleich zu schaffen. Einen Quotenanteil von Studienabgängern  
157 innerhalb eines Jahrganges wie von der EU vorgesehen lehnen wir ab, da die bloße Zahl bei dann sinkenden  
158 Anforderungen nichts über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aussagt.

159 **f) Jugend**

160 Viele Menschen unserer Generation sehen keinen Sinn in der Mitarbeit in Staat und Gesellschaft. Auf diese  
161 Menschen müssen wir zugehen. Dieser Aufgabe kann sich nicht allein die Jugendpolitik annehmen. Politik muss  
162 sich generell um Akzeptanz und Verständnis bei Jugendlichen bemühen. Sie muss die Chancen nutzen, die in  
163 den Anregungen und der Kritik Jugendlicher enthalten sind. Sie muss Jugendlichen Chancen der Mitgestaltung  
164 eröffnen und sie zur Übernahme sozialer Verantwortung ermutigen.

165 **g) Sport**

166 Nicht selten haben Sportler eine entscheidende Vorbildfunktion. Daher fördern wir den Sport als  
167 Gemeinschaftsentwicklung – im Breiten- aber auch im Spitzensport. Im Sport können Selbstbewusstsein über  
168 Erfolgserlebnisse, Teamgeist, die integrative Fähigkeit und Ehrgeiz gefördert und ausgeprägt werden. Darüber  
169 hinaus ist einer gesunder körperlicher Zustand Voraussetzung für ein gesundes und gutes Leben. Die  
170 Aufklärung über sportliche Angebote sollte daher erhöht werden. Der Schulsport gehört daher fest zum  
171 verbindlichen schulischen Angebot.





### 172 3. WIRTSCHAFT UND FINANZEN

173 **Unser Ziel liegt in einer wachstumsorientierten, nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft, die Ökologie und**  
174 **Ökonomie vereinigt. Wir müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen nutzen, um Brandenburg**  
175 **wettbewerbsfähig zu halten und die Wirtschaft zu stärken. Privat geht vor Staat – wir glauben an**  
176 **Innovationskraft, Leistungsfähigkeit und Verantwortung von Bürgern und Unternehmen. Das entbindet den**  
177 **Staat aber nicht von seiner Aufgabe als Hüter eines freien Marktes mit fairen Einstiegs- und**  
178 **Entwicklungsmöglichkeiten.**

#### 179 A) WIRTSCHAFT

##### 180 a) *Wettbewerb*

181 Der freie, marktorientierte Wettbewerb zwischen Gütern, Ideen und Dienstleistungen fördert Innovation und  
182 Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Diesen zu erhalten ist daher ebenso staatliche Aufgabe wie die  
183 Verhinderung von Missständen: Monopole und Preisabsprachen sind ebenso schädlich für die gesamte  
184 Wirtschaft und den einzelnen Verbraucher wie staatliche Eingriffe dort, wo privates Engagement ersetzt wird.

##### 185 b) *Verantwortung der Unternehmen*

186 Jedes Unternehmen hat eine soziale Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern. Deutschlands  
187 wirtschaftliche Stärke basiert zum nicht unerheblichen Teil auf diesem Interessenausgleich. Jeder  
188 Entscheidungsträger muss sich seiner Verantwortung gegenüber Gott, den Menschen und der Natur bewusst  
189 sein.

##### 190 c) *Nachhaltige Wirtschaftsförderungspolitik*

191 Grundsätzlich soll auf eine monetäre Förderpolitik zugunsten einer nicht-monetären Förderung verzichtet  
192 werden. Es ist bei der Hilfe von Ansiedlungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu beachten, dass die Hilfe  
193 auf langfristiger und nachhaltiger Basis steht: nicht vergessen werden darf aber, dass es der Mittelstand ist, der  
194 das Rückgrat der Wirtschaftskraft und Innovation bildet. Dort entstehen die meisten Arbeitsplätze, dort wird  
195 die Vielzahl der Entwicklungsarbeit geleistet. Daher sollten die Belange und Interessen des Mittelstandes auch  
196 zentral für die Wirtschaftspolitik des Staates sein. Insbesondere die Neugründung von Unternehmen geht in  
197 Deutschland an der Zahl zurück, das Know-how ist vielfach nur schwer nutzbar – hier kann der Staat durch eine  
198 gezieltere Förderpolitik in die Zukunft investieren. Erheblich wird hierbei auch der Faktor einer älter  
199 werdenden Gründergemeinschaft sein – auch in höherem Alter sollten Mut und Idee zur Gründung stärker  
200 belohnt werden.

##### 201 d) *Daseinsfürsorge und Privatisierung*

202 Gerade in Folge des Grundsatzes „Privat vor Staat“ stellt sich die Frage nach der Versorgungsfähigkeit einer  
203 Volkswirtschaft mit grundlegenden Gütern wie Wasser, Strom und Kommunikation. Hier werden allzu oft  
204 Hoffnungen auf Effizienz und bezahlbare Güter durch freien Wettbewerb zuungunsten von Innovation und  
205 Bürgern enttäuscht. Eine Herstellung des effektiven Preiswettbewerbs kann nur durch strikte Verbote und  
206 Untersuchungen von Preisabsprachen gewährleistet werden. In den Fällen, in denen Teuerung und fehlender  
207 Wettbewerb nach gänzlicher Privatisierung sichtbar sind, ist es sinnvoll, Leitungsnetze zu 50% plus einem Anteil  
208 vorerst in öffentlichem Besitz zu halten. Nur so können wettbewerbsfeindliche Benachteiligungen Dritter durch  
209 private Netzbetreiber vermieden werden.

##### 210 e) *Kommunale Beteiligung*

211 Eine wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen und des Landes ist grundsätzlich abzulehnen, da öffentlichen  
212 Unternehmen zumeist Vorteile in Besteuerung und Unterstützung entstehen, die den Wettbewerb  
213 einschränken und so dem Bürger zum Nachteil gereichen.

214 **f) Tourismus**

215 Unser Land als Nah- und Fernziel für Millionen Touristen gehört mit seinen Kulturpunkten zu dem schönsten  
216 Teil unseres gemeinsamen Erbes. Der Weiterbau einer auf Tourismus ausgelegten Infrastruktur ist daher  
217 ebenso wichtig wie der Erhalt dessen, warum uns Millionen von Menschen besuchen: Natur, Kultur und  
218 geschichtliches Erbe. Als Wirtschaftsfaktor und Ausweis der Attraktivität Brandenburgs ist der Tourismus für  
219 uns daher entsprechend relevant.

220 **g) Industrie**

221 Der Erhalt und die Modernisierung unserer Industrie ist von größter Wichtigkeit. Eine  
222 Dienstleistungsgesellschaft kann wirtschaftlich keine Industriegesellschaft ersetzen. Die Mehrheit aller  
223 Dienstleistungen ist im Umfeld industrieller Leistungen angesiedelt. Diese Industrie liefert auch einen  
224 erheblichen Teil der Investitionen und Innovationen. Eine Anpassung der Strukturen auf neue Produkte wird  
225 durch den Markt gefordert - die Aufgabe des Staates ist es daher, die Bedingungen für industrielle Arbeit zu  
226 bewahren wie es Aufgabe der Gesellschaft ist, sich das Bewusstsein für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge  
227 zu erhalten.

228 **h) Ressourcensicherung**

229 Die Sicherung von seltenen aber wirtschaftlich nicht substituierbaren Rohstoffen ist eine wichtige Aufgabe für  
230 eine Volkswirtschaft. Der Staat muss ein Interesse daran haben, den Bezug von Rohstoffen auch auf einem  
231 schwieriger werdenden Markt mit höheren Bezugspreisen für die Unternehmen offen zu halten. Dies muss  
232 nicht zwingend über staatliche Anteile an ausländischen Mienen und Fördergesellschaften wie in anderen  
233 Staaten üblich geschehen. Allerdings kann auf einem freien Markt nur gehandelt werden, wenn das Handelsgut  
234 auch tatsächlich verfügbar und der Bezugspreis in wirtschaftlich vernünftiger Höhe gesetzt wird. Sollte dies  
235 durch künstliche Verknappung ausländischer staatlicher Unternehmen nicht der Fall sein, muss zum Ersten die  
236 Forderung eines freien Zugangs und zum Zweiten der Aufbau einer eigenen Ressourcengrundsicherung  
237 erwogen werden.

238 **i) Forschung und Entwicklung**

239 Deutschland lebt wirtschaftlich in erster Linie von Idee, Intellekt und Innovation. Deshalb ist der Staat  
240 angehalten, die Bedingungen für junge Wissenschaftler so zu gestalten, dass Grundlagen- und Spitzenforschung  
241 in Deutschland nicht weiter unter erheblicher Elitenabwanderung zu leiden haben. Gerade auch Brandenburg  
242 hat nur dann Zukunft, wenn die Produkte unseres Landes so viel besser sind, wie sie im internationalen  
243 Vergleich teurer sind. Geht unser Vorsprung in Qualität und Technik verloren, erodiert die Basis unseres  
244 Wohlstands. Deshalb dürfen Technikfeindlichkeit und Rückwärtsgewandtheit nicht Optimismus und Innovation  
245 ersetzen. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind an allen brandenburgischen Hochschulen durch die  
246 Landesregierungen zu fördern, denn Sie sind Wissenschafts- und Wirtschaftsmotor.

---

247 **B) FINANZEN**

248 **Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.**

249 **j) Leitsatz**

250 Brandenburg muss auch für die kommenden Generationen handlungsfähig bleiben. Eine zukunftssichernde  
251 Haushaltspolitik mit Weitblick ist notwendig, um die schwierigen Herausforderungen finanzieren zu können.  
252 Dabei bedarf es keiner Symbolpolitik und Geschenke für bestimmte Wählergruppen, sondern eines gezielten  
253 Einsatzes der knapper werdenden finanziellen Mittel. Transparenz muss im Vordergrund stehen, um nötige  
254 Veränderungen erklären zu können.

255 **k) Ausgangssituation**

256 Der Brandenburger Haushalt, belastet durch siebenhundert Millionen Euro an Zinsen für beinahe zwanzig Milli-  
257 arden Euro Schulden, muss in den nächsten Jahren tiefgreifend reformiert werden. Die Ausgaben sind um 20%  
258 zu senken, um eine den Einnahmen angemessene Situation und das Ziel einer Vermeidung von Neuschulden-  
259 aufnahme zu erreichen. Insbesondere die sinkenden Solidarpaktmittel, die geringer werdenden EU-  
260 Subventionen sowie die Verringerung der Einwohnerzahl, die die Bundeszuweisungen je 10.000 Einwohner um  
261 26 Millionen Euro sinken lassen, zwingen zu diesem Vorgehen. Hinzu kommen eine drastisch steigende Pensi-  
262 onsforderungslast und die Kosten des Strukturwandels im ländlichen Raum.

263 Die Verschuldung pro Einwohner, welche im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern um ein vielfaches  
264 höher liegt, muss in der Zielsetzung entsprechend reduziert werden. Das heißt: das Festhalten an der Schul-  
265 denbremse ohne Ausnahmeregelung ist Basis einer soliden Finanzlage, an deren Ende ein Einstieg in den  
266 Schuldenabbau stehen kann.

267 **l) Schuldenbremse**

268 Die von Bund und Ländern vereinbarte Schuldenbremse sieht vor, dass der Bund ab 2016, maximal 0,35% des  
269 BIP, und die Länder ab 2020, keine neuen Schulden machen dürfen. Dies gilt nicht im Falle von Naturkatastro-  
270 phen oder ähnlichen. Weiterhin dürfen bei konjunkturellen Schwankungen, die definiert werden müssen, über  
271 ein Sonderkonto maximal 1,5% des BIP (auch Länder) neue Schulden gemacht werden, die anschließend  
272 schnellstmöglich zurückbezahlt werden müssen. Dies kann nur geschehen, wenn eine Schuldenbremse in der  
273 Landesverfassung verankert ist. Die Junge Union Brandenburg steht dafür, dass eine solche Schuldenbremse in  
274 die Landesverfassung aufgenommen werden muss. Außerdem soll sie eine Regelung zur schrittweisen Absen-  
275 kung der Neuverschuldung bis 2016 rechtlich festlegen.

276 **m) Demographie und Personal**

277 Brandenburg wird im nächsten Jahrzehnt die Folgen des demographischen Wandels immer stärker spüren.  
278 Allein die Mindereinnahmen durch den Wandel liegen bei einigen hundert Millionen Euro. Dazu kommen höhe-  
279 re Ausgaben für Sozialleistungen.

280 Auch die Brandenburger Verwaltung wird diesen Trend zu spüren bekommen. Bereits jetzt liegt das Durch-  
281 schnittsalter weit über 50 Jahren. Außerdem wird die Versorgung nach Dienstende immer teurer. Wir setzen  
282 uns, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten, für eine bessere Altersstruktur und bessere Einstiegschancen für  
283 junge Menschen in der Verwaltung ein.

284 **n) Kommunen**

285 Nicht nur das Land Brandenburg ist hoch verschuldet, auch die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte.  
286 Bis jetzt schuldenfreie oder fast schuldenfreie Landkreise müssen neue Schulden aufnehmen. Am dramatischs-  
287 ten ist die Situation in den kreisfreien Städten. Brandenburg/Havel, Cottbus und Frankfurt/Oder kämpfen um  
288 ihre Existenz. Das größte Problem in allen Kommunen ist die nicht ausfinanzierte Übertragung von Aufgaben  
289 der sozialen Sicherung vor allem zur Wohnungsunterstützung, zum ALG II sowie den Zuschüssen zur Kitabe-  
290 treuung. Letztlich müssen die Träger der Kosten auch über die Einführung der Leistungen entscheiden. Wir  
291 stehen daher zu dem Grundsatz: „Wer bestellt, muss auch bezahlen“.

292 Die Junge Union Brandenburg setzt sich für einen verbesserten Ausgleich zwischen den Regionen und eine  
293 verbesserte Ausfinanzierung ein. Die Struktur der Kommunalfinanzierung muss neu überdacht werden, ebenso  
294 wie Aufgaben und zukünftige Verwaltungseinheiten. Dies muss noch dem Motto geschehen, dass beim Bürger  
295 alles vor Ort geschieht, aber dann eine flexible Verwaltung die Aufgaben effizient lösen kann. Eine Reform der  
296 Kreise ist unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen. Wir müssen flächendeckend das Prinzip von Public  
297 Governance einführen um alle Gruppen am Staat zu beteiligen. So ist etwa bei der Prioritätsfestlegung von  
298 Investitionen eine Abstimmung der Bürger vielfach sinnvoll.

299 ***o) Subventionen***

300 Grundsätzlich sprechen wir uns für eine Überprüfung aller staatlichen Ausgaben und Aufgaben aus; eine Sub-  
301 vention gegenläufiger Programme und Investitionen darf es nicht mehr geben – Basis einer Vermeidung insbe-  
302 sondere von Standort-Fehlinvestitionen ist aber eine einheitliche Regelung auf Landes- und Bundesebene.

303 ***p) Steuern***

304 Die Grunderwerbssteuer ist so niedrig wie möglich zu halten, um indirekt den Bau von Häusern zu fördern, die  
305 Heimat und Mittelpunkt des Lebens in unserem Land sein sollen. Eine Erhöhung kann finanziell nur mittelfristig  
306 attraktiv sein, da auf längere Sicht der Bau von Eigenheimen quantitativ zurückzugehen droht.

307 Die Erbschaftssteuer bei Übergabe von Unternehmen ist abhängig von der Weiterführung des Betriebes zu  
308 halten. Diese Steuer könnte ausgesetzt werden und entfallen, wenn das betroffene Unternehmen auf 5 Jahre  
309 weitergeführt wird. Geschieht dies nicht, wird die Steuer in vollem Umfang erhoben. Hierdurch könnte der  
310 heute schon spürbare Mangel bei Unternehmensnachfolgen abgemildert werden.

311 Wir sprechen uns gegen eine Vermögenssteuer aus, die vielfach besteuertes Vermögen, dass sich zu üblichen  
312 Marktzinsen kaum gegen die Inflation erhalten kann, angreift. Zum Einen hätte dies bei nur einem kurzfristigen  
313 Aufwachsen der Steuereinnahmen langfristig eine drohende Kapitalabwanderung zur Folge, zum anderen  
314 würden Investitionsmittel für wirtschaftliche Zwecke fehlen – mit allen entsprechenden Folgen.

315 Eine Gesamtrevision des geltenden Steuersystems zum Zwecke der Vereinfachung ist ebenfalls Ziel der Jungen  
316 Union Brandenburg.

317 ***q) Verantwortung von Wirtschaft und Staat***

318 Wer in der freien Marktwirtschaft Risiken eingeht, um Gewinne zu erwirtschaften, muss an diesen bei  
319 Realisierung auch ohne eine zu hohe staatliche Abschöpfung partizipieren. Andererseits muss ein eintretendes  
320 Risiko auch privatwirtschaftlich getragen werden – ein Aufkommen der Allgemeinheit auch bei größeren  
321 Finanzinstituten muss verhindert werden. Eine geregelte Insolvenz auch mit erheblichen Folgen ist einer  
322 dauerhaften Verschuldung und Überschuldung von Staaten nach geleisteter Finanzhilfe vorzuziehen. Zur  
323 Vermeidung von krisenhaften Situationen sind klare und verbindliche Regeln des Staates an einen freien Markt  
324 unumgänglich, die Risiken und haftungsrechtliche Situation klar werden lassen.

325 ***r) Europäische Finanzen***

326 Auf europäischer Ebene ist der Weg in eine Transferunion falsch: nur eine klare Verantwortung für eigenes  
327 Handeln kann zu notwendigen Strukturanpassungen führen. Statt einer erzwungenen Nivellierung  
328 verschiedener Systeme auf ein einheitliches Niveau lebt Europa von den Unterschieden der Regionen und  
329 Mitgliedsstaaten – eine freiheitliche Konkurrenz der verschiedenen Modelle dient hier der gesamten  
330 Europäischen Gemeinschaft. Dennoch bekennt sich die JU Brandenburg zum Euro als Gemeinschaftswährung.

#### 331 4. BEVÖLKERUNG, DEMOGRAPHIE UND ZUWANDERUNG

332 **Kinder sind das wichtigste Gut! Sie sind unser größtes Vermächtnis, sie sind Freude und Anstrengung, sind**  
333 **die Weitergabe unserer Fähigkeiten, Werte und Vorstellungen an die Zukunft. Die Gesellschaft hat die**  
334 **Pflicht, Kinderreichtum zu belohnen und Verhältnisse zu schaffen, in denen Kinder als Bereicherung für die**  
335 **Gesellschaft und das eigene Leben empfunden werden – nicht nur im persönlichen Bereich sondern auch**  
336 **dann, wenn es um die eigene finanzielle Zukunft und Gegenwart geht.**

##### 337 **a) Demographische Entwicklung**

338 Wir befinden uns inmitten einer demografischen Katastrophe. Jede Generation in Deutschland ist nur halb so  
339 groß wie die der Großväter. Bei steigendem Durchschnittsalter und steigenden Gemeinkosten kann keine tech-  
340 nologische oder Produktivitätssteigerung diese Entwicklung kompensieren. Nicht nur kulturell, sondern auch  
341 wirtschaftlich nimmt die Belastung zu. Immer weniger Berufsanfänger stehen dem Wirtschaftskreislauf zur  
342 Verfügung. Immer mehr müssen diese zur Aufrechterhaltung des Sozialsystems, zur eigenen Vorsorge, zur  
343 Finanzierung staatlicher Leistungen usw. erarbeiten. Brandenburg erfährt heute schon, was andere Länder erst  
344 in wenigen Jahren treffen wird. In den nächsten 50 Jahren wird die Bevölkerung auf unter 2 Millionen fallen,  
345 mit entsprechenden Verschiebungen der anteiligen Altersschnitte. Was vor Jahrzehnten angemahnt und viel-  
346 fach ignoriert wurde, wird heute offenbar. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die Folgen dieser demografischen  
347 Katastrophe abzumildern, dafür ist entschlossenes Handeln nötig. Die bisherigen familienpolitischen Program-  
348 me mit der Schaffung von Kindergärten und Kitas sind ein Anfang, aber es braucht mehr. Es sind gesamtgesell-  
349 schaftliche Anstrengungen notwendig, um dieser Situation zu begegnen.

##### 350 **b) Die Entscheidung zum Kind**

351 „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr“ heißt ein Sprichwort. Sich für ein Kind zu entscheiden,  
352 bedeutet hohe Verantwortung zu übernehmen, Jahre in die Erziehung zu investieren, hohe Zusatzkosten zu  
353 tragen und persönliche Einschnitte hinzunehmen. Dennoch gehört das eigene Kind zum Erfüllendsten, was der  
354 Mensch in seinem Leben erfahren kann. Es ist das bedeutendste Vermächtnis, das er der Nachwelt hinterlassen  
355 wird. Frauen muss es möglich sein, sich neben der Karriere für ein Kind zu entscheiden. Berufliche Wiedereinstiegs-  
356 und Teilzeitregelungen, halbe Stellen, ein Fortgang der Karriere ohne tiefere Einschnitte sowie Betriebs-  
357 kindergärten sind zusammen mit staatlichen Maßnahmen positive Ansätze, die hier der Entscheidung für ein  
358 Kind Vorschub leisten.

359 Berufliche Wiedereinstiegs- und Teilzeitregelungen, halbe Stellen, ein Fortgang der Karriere ohne tiefere  
360 Einschnitte, Betriebskindergärten usw. sind zusammen mit staatlichen Maßnahmen positive Ansätze, die hier  
361 der Entscheidung für ein Kind Vorschub leisten können. Hinzu kommt die immer deutlicher werdende Relevanz  
362 des Kindes als Leistungsträger späterer Jahre, da die Gesellschaft sich zunehmend fragmentiert und eine  
363 Abkehr vom Gesellschaftsversorgungsmodell hin zu einem Familienversorgungsmodell zu beobachten und  
364 angesichts der Unfinanzierbarkeit des jetzigen Standes der Sozialsysteme wohl auch unvermeidlich ist.

365 Wenn zukünftig ein Erwerbstätiger einen Rentner, einen Transferleistungsempfänger und im Idealfall das  
366 eigene Kind zu tragen hat und durch die Umverteilungskosten, die das Sozialsystem notwendigerweise  
367 verursacht, kaum etwas über bleibt im Vergleich zu dem, der nicht arbeiten geht und gleichzeitig klar wird, dass  
368 die Ansprüche der eigenen Kinder aufgrund dieser Umverteilung zugunsten Dritter zurückgestellt werden  
369 müssen, wird es zu einer vielfachen Abkehr ganzer Familien von Gesellschaft und Staat kommen. Die Akzeptanz  
370 staatlich auferlegter Steuerzahlungen wird rapide fallen, immer mehr Familien werden sich dem  
371 jahrtausendealten Modell zuwenden, das bis zur Gründung des Sozialstaates im vorvergangenen Jahrhundert in  
372 Deutschland gängig war und dies vielfach auf der Welt auch noch ist. Wohlstand, Einkommen und  
373 Dienstleistungen wie Pflege und selbst die grundlegende Ausbildung nützlicher Fertigkeiten werden nicht  
374 ausschließlich aber zunehmend innerhalb von Familienverbänden geregelt werden und nicht mehr von  
375 externen Institutionen.

376 Der drohende Bruch zwischen denen, die Kinder bekommen haben und denen, die dies nicht taten, wird zu  
377 Verwerfungen führen, die im heutigen Deutschland undenkbar sind: Altersarmut, vor allem aber  
378 Alterseinsamkeit und hohe Abhängigkeit von geringer werdenden Ressourcen werden weite Teile der  
379 Kinderlosen Bevölkerung treffen – freilich, ohne 100% der Kinder-habenden älteren Menschen auszuschließen.  
380 Wer nicht exzellent vorgesorgt hat, wird von einem Sozialstaat abhängig sein, der dem Begriff der  
381 Grundsicherung eines weitaus andere Bedeutung geben wird, als dies heute der Fall ist.

382 Die gesellschaftliche Fragmentierung in Familienverbände und private Sicherungsnetzwerke kann so bei  
383 fortlaufender Entwicklung zu einem allmählichen Kollaps des Systems führen, wenn zahlreiche Leistungsträger  
384 zu denen gehören, die eine bessere Versorgung und Kapitalanlage in der eigenen Familie als im Sozialstaat  
385 sehen. Dieser Prozess wird im Ganzen nicht verhindert, aber dessen Folgen können abgemildert werden.  
386 Insbesondere eine attraktive Versorgungsstruktur für Kinder und ältere Menschen nach geltenden Standards,  
387 mit entsprechend dafür ausgebildeten Fachkräften ist notwendig, um die Kohäsion der Gesamtgesellschaft zu  
388 erhalten.

389 Eine relevante Größe in der demographischen Betrachtung ist immer auch das Rollenverständnis der Eltern.  
390 Männer sind oftmals mit tradierten Rollenvorbildern des Ernährers und Versorgers aufgewachsen. Heute sollen  
391 sie in den Vaterschaftsurlaub gehen, sich um die Kinder kümmern, ein guter Ehemann und das männliche Vor-  
392 bild in der Familie sein. Es ist aufgrund dieser zunehmenden Belastung richtig und wichtig, dass auch Männern  
393 die Entscheidung zum Kind durch Erleichterungen im Berufsleben ermöglicht wird. Es muss selbstverständlich  
394 sein, dass die Rolle als Vater gleichberechtigt mit der Rolle des Berufstätigen ist. Gesellschaft und Staat sollten  
395 möglichst wenige wichtige Entscheidungen vorgeben, aber durch Ausbau einer entsprechenden Versorgungs-  
396 infrastruktur und die Anerkennung der Arbeit eines Elternteils die Entscheidung für Familie und Beruf fördern.

### 397 **c) Anreize schaffen für Eltern**

398 Wir müssen elementar umdenken und auch die berechtigten Wirtschaftsinteressen nach Wachstum, Gewinn und  
399 Umsatz hinter den Bedürfnissen der jungen Eltern und ihrer Kinder zurückstellen müssen. Die Erwerbs- und  
400 Ausbildungsbiographien sind auf eine frühere Familiengründung auszurichten, die sozialen Sicherungssysteme  
401 des Generationenvertrages haben auch in der Rente als erstes die Eltern zu berechtigen, weil diese dem  
402 Generationenvertrag einen Schuldner, die Kinder, gegeben haben.

403  
404 Zusätzlich zur notwendigen Infrastruktur und der Berücksichtigung von Eltern im Berufsleben braucht es  
405 weitere Anreize, um die demographische Entwicklung auf lange Sicht aufzuhalten. Es braucht eine  
406 demographische Rente – wer bei einem vergleichbaren Lebensmodell Kinder bekommen hat, muss im Alter  
407 eine deutlich höhere Grundrente erhalten. Der Staat kann in absehbarer Zeit das Umlagesystem nicht mehr  
408 aufrecht erhalten – das Subsidiaritätsprinzip, das vor dem Umlagesystem galt, erlebt schon heute eine  
409 Renaissance – nicht weil es so gewollt ist, sondern weil es anders nicht geht. Steuererleichterung: wer Kinder  
410 bekommt, soll weitaus weniger Steuern zahlen, als die, die keine Kinder bekommen, so dass diese Gruppe auch  
411 einen Beitrag für die Zukunft leistet. Die bisherigen Steuervorteile sind hier nicht ausreichend, um ernsthaft als  
412 überzeugender Grund für ein Kind zu gelten. Auf die Ängste der Menschen muss eingegangen werden: die  
413 Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss möglich sein. Deshalb ist es wünschenswert, in der Nähe der  
414 Unternehmen und Bildungseinrichtungen, etwa durch Beteiligung vieler Betriebe in der Nähe  
415 Kindertagesstätten einzurichten, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihr Kind in den Pausen zu besuchen,  
416 in der Nähe zu sein. Dies würde den Unsicherheitsfaktor für die Eltern verringern und sich auf die Produktivität  
417 auswirken.

418  
419 Es braucht neben einer Grundzahlung des Kindergeldes auch Vergünstigungen und Gutscheine für  
420 Kinderprodukte: Windelschecks und Babynahrungsgutscheine, später Essensmarken für die Schulspeisung. Dies  
421 ist keine Absage an die Eigenverantwortlichkeit der Eltern, die weiterhin ihr Kind daheim erziehen können und  
422 ein Mindestkindergeld erhalten, sondern ein Sicherheitsmechanismus der Gesellschaft, damit die Leistungen  
423 bei den Kindern ankommen.

424 Sinnvoll wäre es auch, Unternehmen anzuhelfen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben  
425 spezielle Ausflüge für ihre Familien anzubieten, die sich mit Vergünstigungen und unternehmerischen  
426 Angeboten an diejenigen richten, die sich für Kind und Arbeit entschieden haben. Dies steigert die

427 Gruppenkohäsion und unterstreicht den Wert des Arbeitnehmers mit Kind. Es braucht außerdem eine  
428 gesteigerte gesellschaftliche Anerkennung für Mütter und Väter, egal ob arbeitend oder daheim erziehend:  
429 vergünstigte Kultur- und Sportangebote, Busfahrten und Schwimmbadbesuche: wer ein Kind hat, muss  
430 Respekt für diese Arbeit erfahren, die nicht leicht ist und eine hohe Verantwortung bedeutet.

431  
432 Notwendig sind Mechanismen, die die Entscheidung zu mehreren Kindern erleichtert: ein-Kind-Familien sind  
433 gut, aber erhalten kein Volk: wer mehr als ein Kind bekommt, soll von zunehmender Steuererleichterung und  
434 günstigen Staatskrediten profitieren, die mit jedem Kind vorteilhafter werden. Wichtig hierbei: besonders die  
435 derzeit unter dem deutlichsten Kindermangel leidenden erwerbstätigen Schichten müssen gefördert werden,  
436 um einen Ausgleich zu den Teilen der Gesellschaft zu erwirken, die keiner sozialversicherungspflichtigen  
437 Tätigkeit nachgehen, aber eine höhere Geburtenrate aufweisen.

#### 438 **d) Heimat & Patriotismus**

439 Oft bedeutet Heimat Herkunft, nicht immer bedeutet Herkunft Heimat. Dessen ungeachtet benötigt ein  
440 Mensch eine Heimat, die Kraft spenden und Rückhalt geben kann. Wer eine Heimat für sich gefunden hat,  
441 sollte sie ehren und würdigen. Brandenburg gibt vielen Menschen eine Heimat, in der Freiheit, Gleichheit und  
442 Wohlstand ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Herkunft und auch Heimat können oftmals nicht bewusst  
443 ausgewählt werden, dennoch sind und bleiben sie ein unzertrennlicher Teil der eigenen kulturellen Identität,  
444 die es wert ist, geschätzt zu werden.

445 Die historischen Leistungen, die von diesem Land ausgingen, sind unbestreitbar und gehören in kultureller,  
446 technologischer und politischer Hinsicht zu den größten der Geschichte. Darauf können wir stolz sein.  
447 Patriotismus bedeutet nicht die Beschränkung auf nationale Symbolik. Im Gegenteil bedeutet Patriotismus  
448 echte Wertschätzung der Region und Nation, seiner Umwelt und seiner Mitmenschen. Wer sein Land und seine  
449 Herkunft wert schätzen kann, setzt sich mit seinen Kräften für eben dieses ein. Damit wird das  
450 Gemeinschaftsgefühl gesteigert und mithin die Bindekräfte der Gesellschaft über Gruppen und Schichten  
451 hinweg gestärkt. Auch die Integration profitiert von der Wertschätzung des Landes durch die einheimischen  
452 Bürger. Denn es fällt leichter, sich der Leitkultur eines Landes zu öffnen, das von seiner Bevölkerung geachtet  
453 wird, als sich einer Nation anzuschließen, die Selbsthass zum Leitbild erklärt hat. Vaterlandsliebe und die  
454 Hinwendung zu einer größeren, umfassenden Wertegemeinschaft und Kultur sind positiv zu begreifen – als  
455 Basis auch der Wertschätzung von Unterschieden zu anderen. Fehlt eine solche Bindung der Menschen  
456 zueinander, ist eine letztendliche Fragmentierung der Gesellschaft zwangsläufig.

#### 457 **e) Rückholprogramme**

458 Die Ursache für den Wegzug qualifizierter junger Brandenburger, die uns morgen als Arbeitskräfte, Eltern und  
459 Steuerzahler fehlen, liegt in der vielfach wahrgenommenen wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit. Jedoch: immer  
460 mehr Stellen in Brandenburg bleiben unbesetzt, viele neue, auch hochqualifizierte Stellen entstehen in  
461 unserem Land. Hinter der Entscheidung zu gehen, steht oftmals eher ein wirtschaftlicher Zwang, als eine freie  
462 Willensentscheidung. Dies findet auch Ausdruck in der Tatsache, dass mehr als zwei Drittel der Abwanderer  
463 wieder zurückkehren würden, wenn es ihnen wirtschaftlich möglich wäre. Hier gilt es anzusetzen: in anderen  
464 Ländern erfolgreich erprobt sind gezielte Rückholprogramme. Hierbei wendet sich das Heimatland direkt an die  
465 Abwanderer mit dem Angebot, zurückzukehren. In Form von regionalen Produkten, Postkarten und anderem  
466 werden Erinnerungen an die Heimat geweckt. Zusätzlich geben Broschüren Informationen über neue  
467 Stellenangebote und wirtschaftliche Entwicklungen. Damit steigen deutlich die Chancen, qualifizierte  
468 Brandenburger in ihre Heimat zurück zu holen. Brandenburg muss sich aktiver als jemals zuvor am Wettbewerb  
469 um qualifizierte Köpfe beteiligen.

471 **Multikulti ist gescheitert. Ein regelungs- und weitestgehend anforderungsloses Nebeneinanderleben**  
 472 **verschiedener größer werdender Gruppen von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen funktioniert schon**  
 473 **mittelfristig nicht mehr. Vor den Konsequenzen bisheriger Einwanderungs- und Integrationspolitik in den**  
 474 **Feldern Kultur, Kriminalität oder auch bei der Belastung der Sozialsysteme dürfen wir nicht aus Angst vor**  
 475 **kritischen Diskussionen die Augen verschließen. Ebenso wie die gelungenen Beispiele des gemeinsamen**  
 476 **Zusammenlebens müssen die Probleme behandelt werden, da durch die unterschiedliche Geburtenrate der**  
 477 **gesellschaftlichen Gruppen die heute festzustellenden Probleme ohne Lösung weiter wachsen. Es ist**  
 478 **festzustellen, dass die dritte und vierte Generation einiger Migrantengruppen nach allen gängigen**  
 479 **Indikatoren schlechter integriert ist als die zweite Generation. Gleichwohl erbringen andere Gruppen schon**  
 480 **in der zweiten Zuwanderungsgeneration teils bessere schulische Leistungen als die Kinder ohne**  
 481 **Migrationshintergrund. In Anbetracht dessen ist eine ehrliche Diskussion unumgänglich.**

482 **Falsch verstandene Toleranz dient niemandem: es braucht klare eigene Standpunkte und Anforderungen**  
 483 **aber auch Angebote an die Zuwanderer. Grundsätzlich gilt: Angesichts von Millionen Arbeitslosen und**  
 484 **Geringqualifizierten müssen wir diese primär fortbilden und Möglichkeiten eröffnen, sich wieder in das**  
 485 **Arbeitsleben zu integrieren. Dieser Qualifikation und Ausbildung bei der vorhandenen Bevölkerung muss**  
 486 **konsequent Vorrang vor Zuwanderung gegeben werden. Unsere demographischen Probleme lassen sich**  
 487 **nicht durch Einwanderung en masse lösen, da die Folgeprobleme einer ungesteuerten Zuwanderung auf**  
 488 **Dauer größer als die positiven Effekte sind. Eine sich in Parallelgesellschaften mit zunehmendem staatlichen**  
 489 **Kontrollverlust und Kriminalitätssteigerung auflösenden Gesellschaft kann auch nicht im Sinne der**  
 490 **Menschen sein, die sich für ein Leben in Deutschland entscheiden.**

#### 491 **a) Minderheiten**

492 Historisch gewachsene Minderheiten wie die Sorben und Wenden im brandenburgischen Süden bereichern  
 493 unser Land. Sie sind Teil unserer Geschichte und unserer Gesellschaft. In Anbetracht des unterschiedslosen  
 494 Zusammenlebens stellt sich heute die Aufgabe, den Identitätskern der Minderheiten zu schützen und zu  
 495 bewahren. Insbesondere die eigenständige Sprache und Gebräuche sollten hiervon erfasst bleiben.

#### 496 **b) Qualität statt Quantität**

497 In Deutschland werden zunehmend weniger Stellen in wenig qualifizierten Bereichen angeboten, die immer  
 498 mehr offenen Stellen im qualifizierteren Bereich gegenüberstehen. Für Fachkräfte und dringend benötigte  
 499 Spitzenkräfte muss sich unser Land offen zeigen, um die Basis unseres Wohlstands, die Wettbewerbsfähigkeit  
 500 in Produktion und Technologie zu erhalten. Doch an diese Zuwanderung von Fachkräften müssen klare  
 501 Bedingungen geknüpft werden, wie dies in klassischen Einwanderungsstaaten auch konsequent verfolgt wird.  
 502 Diese müssen sein:

503 Der Nachweis einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstelle; die Bereitschaft sich zu integrieren und über  
 504 Spracherwerb die Grundlage eines gemeinsamen Zusammenlebens zu erfüllen; die Unterordnung unter  
 505 geltendes Gesetz.

506 Eine doppelte Staatsbürgerschaft ist abzulehnen. Wenn die Entscheidung für unser Land ab dem 18. Lebensjahr  
 507 bei Zuwanderern für eine ausländische Staatsbürgerschaft fällt, gelten die obig genannten Anforderungen. Die  
 508 Voraussetzung einer Staatsbürgerschaft aber muss die bewiesene Treue zu deutschem Recht und Gesetz sein.  
 509 Wer über eine bestimmte Grenze hinaus straffällig geworden ist, kann nicht deutscher Staatsbürger  
 510 werden.

#### 511 **c) Verlässlichkeit der Regeln**

512 Abschiebung muss ultima ratio bleiben. Wer nicht deutscher Staatsbürger ist und gegen Recht und Gesetz  
 513 verstößt, muss bei entsprechender Straffälligkeit in sein Herkunftsland ausgewiesen werden können. Eine



514 Belastung mit integrationsunwilligen Zuwanderern kann weder den gut integrierten Zuwanderern noch der  
515 sonstigen Aufnahmegesellschaft zugemutet werden. Die festzulegenden Regeln, Möglichkeiten und  
516 Anforderungen müssen langfristig gelten – wer in unserem Land leben möchte, muss die Möglichkeit haben,  
517 sich auf verlässliche Rahmenbedingungen einzustellen. Aus diesem Grund muss zudem die Aufklärung über  
518 reale Anforderungen und Regelungen in den Herkunftsländern der größten Einwanderergruppen verstärkt  
519 werden.

520 Wer nach entsprechenden Verfehlungen und Prüfungen abgeschoben wird, darf innerhalb eines bestimmten  
521 Zeitraumes die Europäische Union abgesehen von kurzfristiger familiärer Urlaubszusammenführung nicht  
522 betreten. Erst nach Ablauf einer angemessenen Frist darf ein Antrag auf Einreise mit Ziel eines langfristigen  
523 Aufenthalts gestellt werden.

524 Der Familiennachzug muss begrenzt bleiben und an die geltenden Anforderungen angepasst werden. Eine  
525 Ausdehnung der zulässigen Nachholung von Familienangehörigen bis dritten und vierten Grades würde jede  
526 Anstrengung zur qualifizierten Zuwanderung konterkarieren und ist daher abzulehnen. Ein automatischer  
527 Verteilungsschlüssel von Zuwanderern innerhalb der EU steht ebenfalls dem nationalen Recht auf Auswahl der  
528 Einwanderer entgegen. Eine Festsetzung gemeinsamer Anforderungen der EU-Staaten ist allerdings im Rahmen  
529 einer allgemeinen Vertiefung der Koordination und Kooperation wünschenswert. Diese Kooperation muss auch  
530 bei Fragen der Abwehr illegaler Einwanderung in den EU-Raum oder illegalen Verzugs innerhalb des EU-  
531 Raumes notwendig sein. Die Anerkennung von illegalen Einwanderern einzig aufgrund einer langjährigen  
532 Präsenz ohne weitere Kriterien ist abzulehnen und würde gelungenen Gesetzesbruch belohnen.

533 Über eine Sicherung der Außengrenzen und eine zu verstärkende Kontrolle im Balkanraum müssen den in der  
534 EU festgesetzten Anforderungen Nachdruck verliehen werden. Eine menschenwürdige Unterbringung von  
535 Wirtschaftsflüchtlingen allerdings ist ebenso wichtig wie deren Rückführung in die Herkunftsländer, sofern  
536 keine Gefahr an Leib und Leben droht.

#### 537 **d) Wahlrecht**

538 Das deutsche Wahlrecht darf nicht ausgeweitet werden, um einen Missbrauch zu verhindern. Wahltaktische  
539 Überlegungen deutscher Parteien dürfen nicht Grundlage einer Veränderung unseres Wahlrechts sein.

#### 540 **e) Asyl**

541 Die geltende Residenzpflicht für Zuwanderer gerade auch in Brandenburg ist beizubehalten. Wer als Asylant  
542 nach geltendem Recht in unserem Land leben möchte, muss seinen Aufenthaltsort nachweisen um ein  
543 Untertauchen bei vermuteter Ablehnung des Asylantrags zu verhindern. Der Aufnahmegesellschaft kann eine  
544 größer werdende Gruppe von Illegalen Einwanderern nicht zugemutet werden. Die Zusage für ein Asyl sollte an  
545 die bisherigen Anforderungen geknüpft bleiben, um Missbrauch zu verhindern. Eine Rückführung von  
546 anerkannten Asylanten nach Auflösung der Antragsgründe muss konsequent betrieben werden, um  
547 Ressourcen für andere Asylanten mit nun geltenden Gründen zur Verfügung zu haben. Diejenigen aber, die gut  
548 integriert in unserem Land leben, müssen ebenso geachtet, geschützt und behandelt werden wie Deutsche  
549 ohne Migrationshintergrund.

## 550 6. RENTE UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

551 **Auf Grund des demographischen Wandels ist bereits heute absehbar, dass das staatliche Rentensystem**  
552 **zukünftig im heutigen Leistungsumfang nicht mehr finanzierbar sein wird. Daher ist es finanziell unerlässlich,**  
553 **das Renteneintrittsalter, soweit zumutbar, dynamisch ansteigen zu lassen. Für bestimmte Branchen sollte es**  
554 **allerdings Ausnahmeregelungen geben – insbesondere die körperlich sehr belastenden Berufe sind hier zu**  
555 **nennen.**

### 556 **a) Anpassung an die Realitäten**

557 Die Rentengarantie kann nicht gehalten werden. Eine Koppelung der Renten an die Lohnentwicklung,  
558 konkreter: an die Bruttolöhne, ist notwendig. Bei steigenden Bruttolöhnen steigen die Rentenansprüche –  
559 sinken die Löhne, sinken anteilig auch die Renten. Eine Untergrenze der auszuzahlenden Renten soll  
560 verhindern, dass Rentner mit geringen Sätzen bei sinkenden Bruttolöhnen unter ein bestimmtes Minimum  
561 fallen. Diese Koppelung ist nicht etwa nur wirtschaftlich alternativlos, sondern ist zudem gerecht gegenüber  
562 denen, die im Umlagesystem die heutigen Renten finanzieren.

563 Für die junge Generation wird das bestehende Umlagesystem keine angemessene Versorgung bieten können.  
564 Daher müssen weitere Säulen eingeführt werden. Neben der Betriebsrente und der privaten Vorsorge ist dies  
565 vor allem ein kapitalgedecktes Rentensystem notwendig.

566 In Zukunft wird der Staat nur noch eine Grundrente bieten können. Diese sollte steuerfinanziert sein. Es ist die  
567 Aufgabe eines jeden Bürgers selbstständig für das Alter vorzusorgen - er muss dazu aber auch die  
568 Informationen und die Chance erhalten. Der Staat darf dies nicht vorschreiben, muss aber entsprechende  
569 Angebote, auch sozial Schwachen anbieten. Eine Grundrente auf Sozialhilfeniveau sichert die Existenz, private  
570 Vorsorge, betriebliche Renten, sowie ein möglicher Kapitalstock bessern diese auf. Auch eine Förderung von  
571 Wohneigentum kann im Alter vor Armut schützen.

### 572 **b) Lebensarbeitszeit**

573 Entscheidend für Rente und Renteneintrittsalter muss die Lebensarbeitszeit sein. Wer angepasst an die  
574 steigende Lebenserwartung eine bestimmte, dynamisch Zahl von Jahren gearbeitet hat, soll die Möglichkeit  
575 haben, früher als zum gesetzlichen Renteneintrittsalter ohne Minderung der Leistungen in Rente zu gehen. Wer  
576 diese Lebensarbeitszeit nicht erbracht hat, kann erst zum gesetzlichen Renteneintrittsalter aus dem  
577 Arbeitsleben ausscheiden.

578 Wer nach dem üblichen Renteneintrittsalter arbeiten möchte, soll dies auch tun können. Viele ältere Menschen  
579 fühlen sich noch in der Lage, arbeiten zu gehen, sind wertvoll für das Unternehmen und in ihren Fähigkeiten oft  
580 unersetzlich. Diese zwangszuverrenten kann nicht im Interesse der Wirtschaft und des Landes sein.

### 581 **c) Anrechnung für Kinder**

582 Wer aus einem Berufs- oder Ausbildungsverhältnis heraus sich für ein Kind und dessen Betreuung entscheidet,  
583 hat Ansprüche auf eine ausreichende Anrechnung dieser gesellschaftlichen Leistung im Alter. Diese Regelung  
584 ist so zu halten, dass es finanziell lohnenswert ist, sich für ein zweites und drittes Kind zu entscheiden.

### 585 **d) Generationenausgleich**

586 Durch die demographische Veränderung kommt es zunehmend auch zu Spannungen zwischen den  
587 Generationen. Auf der einen Seite stehen die, die Wohlstand erwirtschaftet und diesen im Alter beziehen  
588 wollen. Auf der anderen Seite stehe die, die über das Umlagesystem immer höhere Kosten zu tragen haben  
589 und auch im Hinblick auf die politische Mitsprache zahlenmäßig ins Hintertreffen geraten.  
590 Mehrgenerationenhäuser, idealerweise in Zusammenarbeit mit Kitas und Altersheimen sind zu diesen  
591 ausgleichenden Zusammenleben förderlich. Hier können Erfahrungen weitergegeben, Respekt und Werte

592 erlernt, neue Ansichten kennen gelernt und Freude erlebt werden. Ein Ausgleich zwischen den Generationen  
593 heißt weit über das positive Konzept Mehrgenerationenhaus hinaus, das Bewusstsein für die gegenseitige  
594 Verantwortung, die Rücksicht aufeinander und die Abhängigkeit der Generationen zueinander zu stärken.

595 In politischer Hinsicht stehen bei Wahlen immer weniger junge, arbeitende Menschen immer mehr älteren  
596 Rentenempfängern entgegen. Dies birgt selbst bei einem eingedämmten Generationenkonflikt die Gefahr einer  
597 einseitig auf entsprechende Mehrheiten fokussierten Politik. Um hier entgegen zu wirken, könnte eine  
598 Ausdehnung der Stimmverteilung an der Wahlurne erwägenswert sein:

599 Zu einem guten Miteinander in der Gesellschaft gehört auch der faire Umgang der Generationen miteinander.  
600 Nicht nur in der Renten- oder Finanzpolitik kann es zu Spannungen kommen, sondern auch die Bevorzugung  
601 einer Generation ist gefährlich. Es muss zu einem Interessensausgleich kommen, der nicht die Älteren oder die  
602 Jüngeren vor den Kopf stößt, sondern zu einem harmonischen Zusammenleben beiträgt.



604 **Ein Staat der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr garantieren kann, verliert sein Existenzrecht.**

605 **a) Rechtsstaat**

606 Es muss klar der Opfer- vor dem Täterschutz stehen. Im Zweifel muss der Sicherheit daher Vorrang eingeräumt  
607 werden und eine grundgesetzkonforme Sicherheitsverwahrung muss nach einheitlicher Regelung im Sinne der  
608 Bürger konsequent angewandt werden. Wir sind der Auffassung, dass Kriminellen mit einer "Null Toleranz"-  
609 Strategie begegnet werden muss. Jede Straftat hat einen Täter und auch ein Opfer. Im Sinne des Rechtsstaats  
610 darf dem Täter nicht mit dem Sachverhalt unangemessener Toleranz begegnet werden. Auch gerichtliche  
611 Absprachen zur Verringerung der Gefangenenzahlen und Verkürzung von Verhandlungszeiten dürfen nicht zu  
612 einer Erosion der öffentlichen Sicherheit führen.

613 Die Justiz im Land Brandenburg genießt den Respekt der Bürger, steht aber auch vor erheblichen Problemen:  
614 insbesondere die langen Bearbeitungszeiten von Fällen sind bundesweit Spitze. Hier besteht erheblicher  
615 Handlungsbedarf.

616 Auch darf es zu keiner Bagatellisierung von Kleinkriminalität kommen. Diebstahl, Drogendelikte oder  
617 Körperverletzung sind keine Kavaliersdelikte. Unsere Lage im Land Brandenburg hat sich über Jahre verbessert  
618 bis zum Fall der Schengen-Grenze. Jetzt muss die Lage neu überprüft werden.

619 Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität ist das „Neuköllner Modell“ Vorbild für unser Land: die schnelle  
620 Aburteilung von gefassten Tätern führt den Strafauffälligen die Folgen ihrer Tat schneller vor Augen.

621 **b) Polizei**

622 Es braucht in unserem großen Flächenland genug Sicherheitskräfte, um der Bevölkerung ein Gefühl der  
623 Sicherheit zu vermitteln und vor Ort tatsächlich die Gefahrenabwehr und Verbrechensverfolgung sicherstellen  
624 zu können. Eine Polizeireform ist notwendig, wenn sich die Bevölkerungsstruktur verändert. Allerdings muss  
625 die Polizei in der Lage bleiben, auch in der Fläche die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Finanzielle  
626 Erwägungen sind relevant, müssen aber zur sicherheitspolitischen Realität in Ausgleich gebracht werden.  
627 Mobile Polizeiwachen als Ergänzung zu bestehenden Strukturen sind sinnvoll, können diese aber nicht  
628 ersetzen.

629 Polizeikräfte sind für die Ordnung im Land zuständig. Daher müssen sie auch mit den neuesten technischen  
630 Mitteln ausgestattet werden – gerade beim Polizeifunk gab es bisher Defizite. Diese Möglichkeiten zur  
631 Verbesserung müssen je nach Haushaltslage voll ausgeschöpft werden dürfen.

632 Während in anderen Ländern ein Polizist eine Respektsperson mit weiten Betätigungsfeldern ist, wird er in  
633 Deutschland leider viel zu oft missachtet, ausgebremsst oder mutwillig gewalttätig angegangen. Auch vor  
634 tätlichen Übergriffen ist ein Polizeibeamter nicht mehr sicher – steigende Zahlen müssen hier deutlichstes  
635 Alarmzeichen einer fehlgehenden Entwicklung sein. Daher müssen die Rechte der Polizisten überprüft und  
636 gegebenenfalls erweitert und die Tätigkeit angemessen vergütet werden. Allerdings muss auch der Satz gelten:  
637 Die Polizei dein Freund und Helfer. Hierbei ist zu überprüfen, warum viele Menschen mit der Arbeit der Polizei  
638 unzufrieden sind und wo hierfür die Ursachen liegen. Die Polizei an sich muss in ihrer Arbeit auch kontrolliert  
639 und die Anliegen der Bürger ernst genommen werden. Die Übergriffe auf Polizisten müssen zudem  
640 konsequenter und gegebenenfalls härter geahndet werden. Die Polizeiausbildung als wichtiger Faktor der  
641 Nachwuchsförderung muss der altersstrukturellen Entwicklung der Kräfte gemäß betrieben werden – eine  
642 Ausbildung in Brandenburg mit folgendem „Verkauf“ der Polizisten in andere Länder muss künftig  
643 unterbleiben. Zur Nachwuchsbildung ist eine den Leistungen angemessene Aussicht auf Beförderung wichtig –  
644 der Beförderungsstau führt auf Dauer zu fehlender Attraktivität des Polizeidienstes. Insgesamt sollte die Polizei  
645 an den Brennpunkten mit hoher Kriminalität eingesetzt werden: eine Abwägung zwischen  
646 Geschwindigkeitskontrolle und Grenzkontrollen sollte nachvollziehbar sein. Wir sprechen uns gegen die  
647 Kenntlichmachung von Namen auf Polizeiuniformen aus, da ein geringer Nutzen einer dramatisch gestiegenen

648 Gefahr für die Angehörigen der Sicherheitskräfte gegenüberstünde. Das Berliner Modell der Verwendung von  
649 Nummern sollte hier Vorbild im Bereich der Identifizierung bei Beschwerden und ähnlichem sein.

#### 650 **c) Extremismus**

651 Für uns heißt aus der Geschichte lernen, dass wir uns gegen jede Form von Extremismus engagieren. Sowohl  
652 gegen den Linksextremismus als auch gegen den Rechtsextremismus oder den religiösen Fanatismus muss das  
653 Land und muss die Union vorgehen. Mit Aufklärung auch an den Schulen muss dafür gesorgt werden, dass  
654 extremistische Organisationen keine Akzeptanz erhalten. Die Wahlergebnisse der radikalen Parteien zeigen die  
655 Dringlichkeit dieses Problems. Die Union muss jedoch in der Lage sein, sich auf allen politischen Ebenen  
656 argumentativ mit allen Extremisten auseinander zu setzen.

#### 657 **d) Zielgerichtete Kriminalitätserfassung**

658 Zur gezielteren Prävention, zur besseren Ahndung von Delikten und zur Ehrlichkeit der Diskussion um die  
659 innere Sicherheit ist es notwendig, Tätergruppen nach Herkunft zu identifizieren und zu nennen. Hier aus  
660 politischen Erwägungen oder persönlicher Mutlosigkeit heraus die der Polizei vorliegenden Daten  
661 zurückzuhalten kann nicht im Interesse derer sein, die Opfer von Delikten und Gewalttaten werden. Vor allem  
662 im Bereich der Prävention kann dann zielführend gearbeitet werden.

#### 663 **e) Grenzübergreifende Kontrollen**

664 Nach Wegfall der bisher geltenden innereuropäischen Schengengrenze gab es neben positiven wirtschaftlichen  
665 Auswirkungen auch andere Resultate. Insbesondere eine starke Erhöhung verschiedentlicher Delikte in  
666 Grenznahe und im Berlin-nahen Raum erzwingen eine Änderung der bisherigen Kontrollpraxis. Es ist im  
667 Interesse der Berliner, der Brandenburger aber auch der deutsch-polnischen Verständigung der zunehmenden  
668 Kriminalität durch vermehrte Kontrollen und Überprüfungen entgegenzuwirken.

#### 669 **f) Internetkriminalität**

670 In einem demokratischen Rechtsstaat ist es nötig, dass das Volk zu ihren Juristen Vertrauen hat. Daher müssen  
671 auch die Gerichte mithelfen, dass das Internet nicht zum rechtsfreien Raum oder gar zur Spielwiese Krimineller  
672 wird. Das Gewaltmonopol des Staates muss auch dort gelten, allerdings ist den Anforderungen einer freien  
673 Kommunikation Rechnung zu tragen. Eine ausgedehnte Infrastruktur zur Sperrung krimineller oder potentiell  
674 auch politisch unerwünschter Seiten darf es nicht geben – Löschen statt Sperren muss geltende Regelung sein.  
675 Der Staat muss zudem die Institutionen zur Abwehr von Wirtschaftsspionage ausbauen – insbesondere die  
676 steigenden Zahlen von Spionage in deutschen Unternehmen und Behörden erzwingen die Schaffung solcher  
677 Strukturen. Zudem liegt es im Interesse des zunehmend online kommunizierenden Bürgers,  
678 Abmahnkriminalität einen Riegel vorzuschieben: gerade Juristen dürfen ihre vertieften Kenntnisse rechtlicher  
679 Regelungen nicht zur Verunsicherung der Bürger aus persönlichem finanziellem Kalkül missbrauchen. In  
680 unseren Augen müssen die Gesetze voll ausgeschöpft werden.

#### 681 **g) Datenschutz**

682 Beim Datenschutz muss sowohl auf eigenverantwortliches Handeln als auch auf den rechtlichen Schutz der  
683 Privatsphäre gesetzt werden. Eine Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen die regelmäßig Schauplatz von  
684 Verbrechen werden, ist richtig und notwendig, solange die Überwachung durch fachlich versierte  
685 Sicherheitskräfte versehen wird, die reagieren können. Die Datenspeicherung kann hierbei nur kurzfristig und  
686 rechtlich streng geregelt ablaufen.

687 Auch die Cookie-gestützte, zielgerichtete Werbung von Internetnutzern nach Besuch einer Seite sollte so  
688 reguliert werden, dass Kundendaten nicht automatisch und nicht dauerhaft erfasst werden. Das Interesse an  
689 Werbung steht nicht über dem an Datenschutz.

690 **h) Katastrophenschutz**

691 Die Organisationen des Katastrophenschutzes verdienen Respekt und Unterstützung. Über lange Zeit eher leise  
692 arbeitend, stehen sie erst dann im Fokus der Öffentlichkeit, wenn die erfahrenen und versierten Helfer den  
693 Opfern von Katastrophen schützend und eingreifendbeistehen. Daher muss eine Finanzierung der  
694 entsprechenden Strukturen sichergestellt werden. Ein hauptsächliches Problem ist aber die Nachwuchsfindung.  
695 Hierbei kann der verpflichtende Sozialdienst helfen: als Alternative zum geforderten Sozialdienst kann eine  
696 Mitwirkung beim Katastrophenschutz stehen.

697 **i) Volksentscheide**

698 Wir sprechen uns für Volksentscheide und für eine Erhöhung der Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen  
699 aus. Allerdings ist es hierbei wichtig, einmal getroffene Ergebnisse zu respektieren auch wenn sie politischen  
700 Mehrheitsmeinungen widersprechen. Eine Wiederholung von Volksentscheiden sollte möglich sein, aber einen  
701 zeitlichen Abstand zu ihren Vorläufern halten. Änderungen am Grundgesetz allerdings sollten nur im  
702 parlamentarischen Rahmen möglich bleiben.

703 **j) Bundeswehrstandorte**

704 Die Soldaten, Offiziere und Beschäftigten der Bundeswehr leisten einen herausragenden Dienst für die  
705 Sicherheit unseres Deutschlands und seiner Verbündeten. Dies gilt im Besonderen bei den Auslandseinsätzen,  
706 zum Beispiel in Afghanistan. Jetzt steht die Armee vor einer der größten Neugestaltungen ihrer Geschichte. Ziel  
707 ist es, die Bundeswehr als leistungsfähiges Instrument der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der  
708 Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Daneben leitete die Bundeswehr bei der Bekämpfung des  
709 Oderhochwassers, auch in Brandenburg, eine herausragende Arbeit. Die Bundeswehr ist ein Instrument der  
710 Krisenbekämpfung und demnach nach Außen und Innen von großer Bedeutung. Die Junge Union Brandenburg  
711 bekennt sich zu den Bundeswehrstandorten im Land Brandenburg und setzt sich für deren Erhalt ein. Die  
712 Bundeswehr hat nicht nur den im Grundgesetz verankerten Auftrag, Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen,  
713 sondern ist auch im Land präsent im Rahmen der humanitären Hilfeleistungen und im Katastrophenschutz. Die  
714 Bundeswehr ist in Brandenburg auch Wirtschaftsfaktor und bedeutender Arbeitgeber.



## 715 8. INFRASTRUKTUR, LÄNDLICHER RAUM, STADT- UND REGIONALPLANUNG

716 **Die Bevölkerung Brandenburgs schrumpft – mit gravierenden Folgen für die Versorgung der Menschen. Sich**  
717 **heute darauf einzustellen kann für die Versorgung morgen viel bedeuten. Der Strukturwandel Brandenburgs**  
718 **ist eine Herausforderung, die durch koordinierte Anstrengungen der Kommunen, der Kreise und des Landes**  
719 **zum Vorteil der Einwohner bewältigt werden kann. Es muss unser Ziel sein, Brandenburg als traditionsreiche**  
720 **Heimat vieler Menschen nicht aufzugeben sondern zu bewahren.**

### 721 **a) Verwaltung**

722 Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut – Probleme und Projekte der Bürger vor Ort können am  
723 besten da behandelt oder organisiert werden, wo sie entstehen und umgesetzt werden. Bürgernähe, Service  
724 und E-Gouvernement als Baustein einer Verwaltung, die dem demographischen Wandel Rechnung trägt,  
725 müssen ausgebaut und professionalisiert werden – was heißt: zielgerichtete Schulungen, Anpassung der  
726 Struktur an die Anforderungen und bürgernahe Erreichbarkeiten. Zudem ist das Subsidiaritätsprinzip, das  
727 Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt, wichtiges Prinzip der Verwaltungsorganisation: der Staat  
728 kann nur da Aufgabenträger sein, wo es unumgänglich ist. Transparenz und eine ausreichende Kontrolle von  
729 verwaltungsmäßigen Vorgängen dienen der Verbindung zum Bürger und sind daher in den einzelnen Bereichen  
730 sicherzustellen.

### 731 **b) Transportwege**

732 Die Instandhaltung der Straßen ist gerade auch nach strengen Wintern mit entsprechenden Folgeschäden eine  
733 wichtige Aufgabe zur Aufrechterhaltung der Attraktivität eines Raumes. Ist dies in einigen Gegenden finanziell  
734 nicht mehr möglich, ist die Folge ein Absinken der Lebensqualität der nunmehr nicht mehr angebundenen  
735 Räume.

736 Die Versorgung und der Personentransport auf Schienen erweist sich durch Subventionen als durchführbar. Ein  
737 Halt auch in kleinen Gemeinden kann helfen, die Bevölkerungszahl in diesen angebundenen Orten stabil zu  
738 halten. Die Bahn als Unternehmen des Bundes ist angehalten, diesem Auftrag gerecht zu werden. Der  
739 Flughafen BBI sollte durch die Bahn auch nach Brandenburg angebunden werden – gerade die großen Städte  
740 sind hier in der Planung zu berücksichtigen. Eine ausschließliche Bahnanbindung über Berlin ist im Hinblick auf  
741 viele Gäste aus Brandenburg und umgebenden Bundesländern nicht ausreichend.

742 Eine Maut auf deutschen Straßen ist für die Finanzierung notwendig und sollte von allen Verkehrsteilnehmern  
743 erhoben werden. Da die Deutschen bereits eine zielgerichtete Steuer zahlen, sollte hier eine entsprechende  
744 steuerliche Rückerstattung erfolgen, um einen Ausgleich zu nicht-deutschen Verkehrsteilnehmern herzustellen,  
745 die keine weiteren staatlichen Abgaben zur Erhaltung der Infrastruktur in Deutschland leisten. Das Ziel sollte  
746 allerdings eine europäische Vereinheitlichung der Regularien sein.

### 747 **c) Städte- und Regionalplanung**

748 Die Wiederherstellung historischer Stadtkerne ist eine Investition in die Zukunft. Nicht nur wird der Anschluss  
749 an Historie und Kultur gesucht – auch Touristen werden vermehrt angesprochen.

750 Ein Stadtumbau sollte eine Hinwendung zur historischen Kontur der Stadt berücksichtigen. Lückenschluss und  
751 Anpassung an die baulichen Gegebenheiten sind notwendig. Alte Plattenbauten sollten nach Möglichkeit  
752 rückgebaut werden. Sozialwohnungen in Bauten für mehrere Familien allerdings bleiben wichtig, um Menschen  
753 nicht aus ihrer vertrauten Umgebung zu reißen.

754 Grundsätzlich sind Bau und Erwerb von Wohneigentum zu fördern – als Teil der Altersvorsorge aber auch als  
755 Teilaspekt der Strategie, die Menschen in Brandenburg in ihrer Heimat zu halten.

756 Die Versorgung der Fläche mit einem modernen Internetangebot, dass die Arbeit auch mit großen  
757 Datenpaketen ermöglicht, kann selbst kostenneutral und unter Zuhilfenahme von Subventionen nicht überall  
758 sicher gestellt werden. Das Ziel der Flächenversorgung bleibt und ist wichtig für die Attraktivität der Regionen  
759 als Wirtschaftsstandorte – sollten die Betreiber das Netz in bestimmten Fällen nicht ausbauen, kann nur eine  
760 technologische Verbesserung zu einer verbesserten Versorgung führen. Entwicklung, Forschung Erprobung  
761 hierfür geeigneter Technologien ist daher von herausgehobener Relevanz.

762 Durch die demographischen Veränderungen kann die Notwendigkeit einer kommunalen Strukturreform  
763 erfolgen: die Interessen der Bürger, die Historie zusammenhängender gebiete und die Sinnhaftigkeit einer  
764 verwaltungsmäßigen Vereinheitlichung müssen dabei aber Berücksichtigung finden.

765 Regionale Wachstumskerne sind ein Erfolgsmodell – einen Rückfall in die alte Gießkannenförderung darf es  
766 nicht geben. Von einer Konzentration auf wirtschaftliche Zentren profitiert das ganze Land.





768 Die Landwirtschaft macht, gemessen an den erwirtschafteten Umsätzen und den beschäftigten Menschen,  
769 nur einen kleinen Teil der brandenburgischen Wirtschaft aus. Doch ihr Wert lässt sich daran nicht allein  
770 bemessen. Nicht nur, dass die Versorgung mit Nahrungsmitteln als grundlegendstes Wirtschaftsgut sie vor  
771 allen anderen Produktionszweigen hervorhebt; auch ihre Bedeutung als Kulturträger und Ausdruck der  
772 ländlichen Prägung Brandenburgs aus der Historie heraus bis heute ist Teil ihres Charakters. Die  
773 Landwirtschaft ist nicht nur Subventionsempfänger, sondern vor allem auch Innovationsmotor und wichtige  
774 wirtschaftliche Kraft in den ländlichen Regionen.

775 A) LANDWIRTSCHAFT

776 a) *Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft*

777 Damit sich die in den Weltmarkt integrierte wettbewerbsfähige brandenburgische Landwirtschaft mit ihren  
778 hochwertigen Produkten in der Europäischen Union und auf Drittlandsmärkten behaupten kann, fordert die  
779 Junge Union zusammengefasst:

780 Die produktionsunabhängigen Direktzahlungen, die an die Einhaltung anspruchsvoller Produktionsstandards  
781 geknüpft sind, müssen auch nach 2013 fortgeführt werden. Für die Optimierung der Verbraucherinformation  
782 setzen wir uns für eine transparente Herkunftskennzeichnung, die klar zwischen Erzeugungs- und  
783 Verarbeitungsstandort unterscheidet ein.

784 Die brandenburgischen landwirtschaftlichen Betriebe müssen den Risiken der stärker schwankenden Märkte  
785 begegnen können. Wir sprechen uns daher für die Möglichkeit einer steuerlichen Risikorückstellung aus.  
786 Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass Direktzahlungen zugunsten einer Verbesserung der  
787 Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zurückgestellt werden.

788 Zudem muss eine bundesweit einheitliche Flächenprämie auf der Basis der real bewirtschafteten Fläche des  
789 einzelnen Betriebes die jetzige Prämienverteilung ersetzen. Die ehemaligen volkseigenen Flächen in  
790 Brandenburg, die sich derzeit in öffentlicher Hand befinden, sollten grundsätzlich an in der Region ansässige  
791 Betriebe und Landwirte verkauft oder verpachtet werden. Die weltweit zu beobachtende Akkumulation von  
792 großen Agrarflächen bei wenigen Unternehmen widerspricht der Tradition des bisherigen Anbaus, ist  
793 wettbewerbsgefährdend, reduziert vielfach die Arbeitsplätze und kann zu Versorgungsengpässen  
794 beziehungsweise Nahrungsmittelverteuerungen führen.

795 Insgesamt sollten kleinere Losgrößen für Landkauf ausgeschrieben werden, als bisher – eine maximale  
796 Obergrenze von 10 Hektar erscheint aus landwirtschaftlicher Sicht sinnvoll. Weiterhin sollte der  
797 Gesamtflächenerwerb pro Betrieb auf 100 Hektar beschränkt werden.

798 Patente auf Nutztiere und Nutzpflanzen lehnen wir ab: die unternehmerische Freiheit der Landwirte muss  
799 ebenso gesichert, wie die Monopolisierung des Nahrungsmittelanbaus verhindert werden. Ziel muss es sein,  
800 die Rassen- und Artenvielfalt bei Nutztieren und Nutzpflanzen zu erhalten.

801 b) *EU und Landwirtschaft*

802 Wir sprechen uns für gleiche Rahmenbedingungen für große und kleine Betriebe aus. Die kumulativen  
803 Kostenvorteile größerer Unternehmen sind Teil des freien marktwirtschaftlichen Spieles. Kleine Unternehmen  
804 und Familienbetriebe aber sind nicht selten Hauptakteure für Innovationen und prägen gerade auch das  
805 kulturelle Selbstverständnis der Landwirtschaft. Hier einen Chancenausgleich zu finden ist Aufgabe der  
806 Gesetzgebung auch auf EU-Ebene.

807 Grundsätzlich begrüßen wir die Koordinationsfunktion der Europäischen Union. Die Landwirtschaft des  
808 Kontinents soll im freien Wettbewerb nach Innen und Außen stehen – muss aber grundsätzlich gegen große

809 Mitbewerber auf dem Weltmarkt in Teilen gestärkt werden, um eine Grundversorgung der eigenen  
810 Bevölkerung jederzeit sicherzustellen. Nahrungsmittel sind im Gegensatz zu anderen Gütern und Leistungen  
811 keine optionalen Waren, die je nach Wert in variablen Mengen eingeführt werden können. Die  
812 Zukunftssicherheit der Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln ist daher zu erhalten, wenn notwendig mit  
813 den dafür notwendigen Subventionen aber nicht darüber hinaus.

814 Die Junge Union Brandenburg spricht sich gegen eine ausladende Subventionspolitik aus, die es derzeit etwa  
815 erlaubt, in armen Staaten der Welt subventionierte Nahrungsmittel auf den Markt zu werfen und dadurch die  
816 dort heimische Landwirtschaft zu zerstören – mit allen negativen Folgen. Die landwirtschaftlichen Betriebe  
817 stehen in einem freien Wettbewerb und müssen sich messen lassen an ihrer Effizienz und den Innovationen.  
818 Subventionen sollten daher nur das benötigte Grundmaß an Leistungsfähigkeit erhalten und alle weiteren  
819 Vorgänge dem freien Markt überlassen.

820 Exportbeschränkungen auf EU-Ebene sind schnellst möglich abzubauen. So wie die Subventionen auf ein  
821 Mindestmaß gekürzt werden müssen, so soll es auch möglich sein, jede Menge an Nahrungsmitteln zu  
822 exportieren, die der Markt annimmt. Das Wesen der freien Marktwirtschaft ist eben die Freiheit des Handelns  
823 auf der einen und die gleichen Regeln für jeden Marktteilnehmer auf der anderen Seite.

824 Auch die bürokratische Last vieler Regelungen, die mitunter zu einem hohen verwaltungstechnischen  
825 Arbeitsaufwand führt ist auf das notwendigste zu reduzieren und einzuschränken. Der Staat darf seine Bürger  
826 und Landwirte nicht zu unentgeltlich angestellten Staatsbediensteten machen.

#### 827 **c) Den eigenverantwortlichen Verbraucher stärken**

828 Unser Leitbild ist der über Lebensmittel und Nährstoffe informierte eigenverantwortlich handelnde  
829 Verbraucher.

830 Wir sind gegen eine Ampel-Kennzeichnung unserer Lebensmittel, sondern unterstützen die  
831 Nährwertkennzeichnung auf Produkten. Die prozentuale Aufschlüsselung der Nahrung am Tagesbedarf der  
832 eingenommenen Stoffe ist hier besonders praktikabel. Die Junge Union setzt sich für eine frühzeitige Bildung in  
833 Bezug auf gesunde Ernährung ein. Gerade für unsere Kinder ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung  
834 wichtig. Sie haben das Recht auf Bildung und Aufklärung. Diese muss durch die Familie und ergänzend dazu  
835 durch geeignete Schulprogramme stattfinden um das Verständnis für diesen Bereich zu stärken.

#### 836 **d) Gentechnik**

837 Der Einsatz der Grünen Gentechnik wird vielfach sehr emotional und wenig faktenbezogen geführt. Der Blick  
838 über die Grenzen hinaus zeigt jedoch, dass bereits seit Jahrzehnten gentechnisch veränderte Soja-, Mais-, Raps-  
839 und Baumwollsorten angebaut werden. Dabei ist das Verbesserungspotenzial landwirtschaftlicher  
840 Nutzpflanzen bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

841 Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Importeur und viertgrößte Exporteur von Agrarprodukten. Ohne die  
842 Nutzung der Grünen Gentechnik könnte hier ein deutlicher Wettbewerbsnachteil entstehen. Dennoch: viele  
843 Langzeitfolgen gentechnischer Veränderungen sind nicht abschließend überprüft:

844 Es braucht eine ideologieunabhängige Debatte, die auf Wissen und empirischen Forschungsergebnissen basiert  
845 sowie eine weitere Aufklärung in der Bevölkerung. Ein großer Teil der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel  
846 ist an einem Punkt der Produktionskette bereits mit gentechnischer Veränderung in Berührung gekommen –  
847 eine Umkehr dieses Prozesses scheint kaum möglich. Der Forschungsstandort Deutschland muss durch den  
848 Ausbau der Forschung an gentechnisch veränderten Organismen (GVO) gestärkt werden.

849 Alle neuen Sorten sollten jahrelang in aufwendigen Testreihen nicht nur auf Unbedenklichkeit geprüft, sondern  
850 auch darauf, ob sie einen tatsächlichen Mehrnutzen gegenüber jeder bereits zugelassenen Sorte aufweisen.

851 **e) Landwirtschaftliche Energieerzeugung**

852 Die vorhandenen Flächen sind effektiver als bisher zu nutzen. Jedes Jahr gehen dutzende Hektar durch  
853 Versiegelung und Kompensation verloren. Hier gilt es, den Verlust an Böden einzuschränken. Gleichzeitig  
854 werden auf weiten Teilen der Anbaufläche Maispflanzen angebaut, um Energie im Rahmen der Biogasnutzung  
855 daraus zu gewinnen. Mais allerdings ist für diesen Zweck nicht die effizienteste Pflanze und wird vor allem  
856 wegen entsprechender Subventionen angebaut – diese sind umgehend zu kürzen und dann abzuschaffen. Die  
857 für die Energiegewinnung beste Pflanze sollte angebaut werden, schon um Monokulturen, Bodenerosion und  
858 die Einengung der Fruchtfolgen zu verhindern.

859 Der Anbau von Energiepflanzen hat der Landwirtschaft neue Zukunftsmöglichkeiten erschlossen – die  
860 Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau ist aber nicht unbeachtlich. Energiepflanzen, die mit hoher  
861 Energieausbeute nicht in erster Linie als Nahrungsmittel dienen, anzubauen, könnte hier entspannend wirken.  
862 Biomasse- und Biogasanlagen sind nicht nur sinnvoll, um die Abhängigkeit des Landes von externen  
863 Rohstoffquellen abzubauen, sondern sie schaffen Arbeitsplätze und sichern eine regionale Versorgung. Im  
864 Gegensatz zu Solar- oder Windenergie ist zudem eine Grundlast vorhanden, da die gehäckselten Stoffe dann  
865 vergast oder verbrannt werden können, wenn sie gebraucht werden. Die derzeitigen Speichertechnologien  
866 lassen auch mittelfristig die pflanzliche Energie als gute Alternative zu anderen regenerativen Strom- und  
867 Energiequellen erscheinen.

868 Auch die Nutzung von Abfallstoffen aus der Tierhaltung oder von getrenntem Hausmüll zur Verbrennung ist zu  
869 unterstützen. Gülle- oder (Pferde-)Mistanlagen können durch Fermentationsprozesse zusätzliche Energie- und  
870 Wärmequellen erschließen und die Konflikte um Nutzflächen entschärfen.

---

871 **B) UMWELT**

872 **Wir haben unsere Welt von unseren Vorfahren geerbt und stehen in der Verantwortung, sie unseren Kindern**  
873 **so zu erhalten, dass auch sie ein menschenwürdiges, von schädlichen Einflüssen und Nachteilen freies Leben**  
874 **führen können. Eine aktive Aufklärung über umweltpolitische Themen bereits im Kindesalter –**  
875 **wissenschaftlich begründet und frei jeder Ideologie - ist Grundvoraussetzung für ein**  
876 **verantwortungsbewusstes Verhalten im Erwachsenenleben.**

877 **Daher zählen der Schutz unserer Umwelt, der Arten-, Gewässer- und Klimaschutz zu den wichtigsten**  
878 **politischen Aufgaben nicht unserer, sondern aller Generationen. Eine Balance von Ökologie und Ökonomie**  
879 **zu finden ist hier die vordringlichste Aufgabe einer Industriegesellschaft, denn Arbeitsplätze und eine gesunde**  
880 **Umwelt bedingen einander.**

881 **f) Naturschutzgebiete**

882 Unsere brandenburgischen Naturschutzgebiete sind die Schätze unseres Landes - ursprüngliche Natur,  
883 Naherholungsgebiete und touristische Attraktionen. Strikte Naturschutzgesetze und der Ausbau des  
884 touristischen Angebots sind hier gemeinsam wichtig für die Zukunft der Naturschutzgebiete.

885 **g) Hochwasser- und Gewässerschutz**

886 Der Hochwasserschutz spielt in Brandenburg eine große Rolle. Es ist wichtig, in Zusammenarbeit mit anderen  
887 betroffenen Nachbarstaaten und Bundesländern hier eine vorausschauende Vorsorgepolitik zu betreiben, die  
888 Hab und Gut der Brandenburger schützt, die Flüsse möglichst wenig beeinträchtigt und finanziell leistbar ist.  
889 Viele Hochwasserprobleme sind die Folgen eines über Jahrzehnte betriebenen künstlichen Eingriffs in die  
890 natürliche Gewässerstruktur wie etwa Flussbegradigungen und -Umleitungen. Bei Zumutbarkeit für die  
891 Anwohner der betroffenen Flüsse sprechen wir uns auch für entsprechende Renaturierungen wie an der  
892 unteren Havel zwischen Brandenburg an der Havel und Havelberg aus.

893 Schleusenausbau und Flussumleitungen sind vielfach schwere Eingriffe in die Umwelt – langfristige  
894 Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind hier ebenso Grundvoraussetzung staatlichen Handelns wie auch die  
895 Interessen der betroffenen Anwohner.

896 **h) Emission und Geschwindigkeitsbegrenzung**

897 Der Ausstoß von Umwelt- und klimaunverträglichen Emissionen ist daher auf das technologisch und finanziell  
898 herzustellende Mindestmaß zu reduzieren. Gleichzeitig bedarf es der weiteren intensiven Erforschung der  
899 realen Auswirkungen bestimmter Gase auf unser Klima: Klischees und als Allgemeingut gehandeltes Halbwissen  
900 kann eine valide Faktenlage nicht ersetzen.

901 Eine Reduzierung der Fahrtgeschwindigkeiten aus umweltpolitischen Gründen darf nicht zu einer  
902 unzumutbaren Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer und des Verkehrsflusses führen.

903 Umweltpolitische Maßnahmen sind zwingend europäisch und global zu denken und durchzusetzen –  
904 Sonderwege Deutschlands haben real für die Umwelt kaum Auswirkungen, die Vorreiterrolle findet vielfach  
905 keine Nachahmung. Eine verantwortungsvolle Politik führt Deutschland innovativ in eine moderne,  
906 umweltbewusste Zukunft – allerdings ohne dabei die Interessen der deutschen Wirtschaft und der  
907 Arbeitnehmer zu vergessen.

908 **i) Müllentsorgung- und Trennung**

909 Eine richtig aufgefasste Müllentsorgungs- und Mülltrennungspolitik berücksichtigt die Interessen der Umwelt,  
910 die nicht zusätzlich belastet werden darf, die Interessen der Wirtschaft, die ein finanziell leistbares System  
911 aufrecht erhalten muss, dass effizient die Abfälle entsorgt und weiterverwertet aber auch die Interessen einer  
912 Gesellschaft, die aufgrund einer zunehmenden Ressourcenknappheit in den bestehenden Stoffen eine  
913 Alternative suchen muss.

914 **C) ENERGIE**

915 **Brandenburg ist Industriestandort, Innovationsland und, angepasst an die gesamteuropäische Entwicklung,**  
916 **digitale Gesellschaft. Die Energie als grundlegendste Verbrauchsressource von Wirtschaft, Privathaushalten**  
917 **und Innovationsentwicklung nimmt hierbei eine entscheidende Rolle ist. Wichtig sind deshalb ein möglichst**  
918 **günstiger Energiepreis - sozial verträglich und für die Wirtschaft finanzierbar - eine umweltverträgliche**  
919 **Produktion und die Versorgungssicherheit innerhalb eines vernetzten Europas sowie des die fossilen**  
920 **Energieträger liefernden Auslandes.**

921 **j) Erneuerbare Energien**

922 Brandenburg ist ein Energieexportland: als bundesweiter Vorreiter im Bereich der Produktion und Erforschung  
923 erneuerbarer Energien nimmt dieser Sektor einen besonderen Platz in unserer Wirtschaft ein. Die große Fläche  
924 ermöglicht gerade auch im Bereich der Biomasse- und Biogaserzeugung umfangreiche Investitionen. Dies  
925 sichert Arbeitsplätze und ermöglicht es, über den Export von Hightechprodukten aus dem Energiebereich auf  
926 Dauer die heimische Wirtschaft zu stärken.

927 Wichtig ist es hierbei allerdings, in nachhaltige und wirtschaftlich finanzierbare, sozial- und umweltverträgliche  
928 Projekte zu investieren und sich nicht primär an bestehenden Subventionen auszurichten. Vielmehr müssen  
929 sich diese an den jeweils innovativsten Technologien orientieren. Der Export kann aber nur dann beständig  
930 sein, wenn es gelingt, die eigenen Patente zu sichern und eine Technologieführerschaft zu bewahren.  
931 Fehlgeleitete Installationssubventionen, etwa für den Einbau im Ausland hergestellter Solaranlagen sind  
932 Ausdruck falscher Investitionsanreize aus richtigem Antrieb des Umweltschutzes heraus.

933 Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik achtet darauf, das  
934 wirtschaftlichste Gut zu produzieren, fehlgeleitete Subventionen abzubauen und nicht Technologien zu  
935 fördern, die nur aufgrund einer mittlerweile wirkungsstarken Lobby gefördert werden. Erneuerbare Energien  
936 als Nachfolger der fossilen Träger und der Kernkraft benötigen weitere Investitionen in Milliardenhöhe für die  
937 Leitungsnetze, die sich auf dezentrale Produzentenstrukturen, digitale Stromnetze (Smart Grid) und eine feh-  
938 lende Grundlast einzustellen haben.

939 . Diese Kosten werden auf den Strompreis umgelegt und müssen gerade bei der sozialen Betrachtung der  
940 Preise mit einberechnet werden.

941 Die Zukunft der Energieversorgung könnte in einigen Jahrzehnten durch neue Verfahren wie etwa die  
942 Kernfusion (ITER-Projekt) gesichert sein. International werden viele Milliarden Euro aufgewandt, um diese  
943 Technologien zur weltweiten Versorgung mit sauberer, jederzeit verfügbarer und bezahlbarer Energie bereit zu  
944 stellen. Bis zum Einsatz dieser bisher noch nicht am Stromnetz realisierten Projekte bedarf es des weiteren  
945 Ausbaus der erneuerbaren Energien.

946 Fehlanreize im Bereich des Anlagenbaus führen dazu, dass guter Ackerboden trotz knapper werdender  
947 Anbauflächen durch den Bau von Solaranlagen versiegelt wird – einer solchen Fehlentwicklung muss  
948 gegengesteuert werden.

#### 949 **k) Verbraucherschutz**

950 Es bestehen vielfache Möglichkeiten, sich über den Energiepreis zu informieren und als Privathaushalt zum  
951 jeweils günstigsten Anbieter zu wechseln. Preisabsprachen können so durch das Angebot regionaler Anbieter  
952 umgangen werden.



954 **Es gehört zu den christlichen Grundwerten, die Arbeitsleistung des Einzelnen zu respektieren. Wer arbeitet,**  
955 **verdient gesellschaftliche Anerkennung. Der Würde des Menschen entspricht daher eine arbeitsgerechte**  
956 **Entlohnung nach dem Prinzip: Leistung muss sich lohnen. Es gehört zur Normalität heutiger**  
957 **Erwerbsbiographien, über das Leben hinweg mehreren Arbeiten in verschiedenen Bereichen nachgegangen**  
958 **zu sein. Daran müssen sich Aus- und Weiterbildung orientieren.**

959 **a) Ausbildung und Lehrstellen**

960 Die Ausbildungssituation in Brandenburg hat sich verbessert, ist aber noch nicht zufrieden stellend. Anders als  
961 früher muss sich nun unser Augenmerk von der Schaffung von Ausbildungsstellen mehr zu der Vernetzung  
962 bewegen. Vorhandene Ausbildungsplätze werden oft nicht wahrgenommen, die Ausbildungsfähigen nicht  
963 gezielt angesprochen. Hier können und

964 müssen das Land über das Bildungssystem und die Betriebe etwas verändern, um frühzeitig an den Schulen  
965 über die Möglichkeiten in der Umgebung zu informieren und die Abwanderung zu stoppen. Eine zentrale,  
966 ständig zu aktualisierende Online-Datenbank der Agentur für Arbeit wäre hier notwendig. Für Betriebe sollen  
967 Anreize geschaffen werden, auszubilden. Im Interesse eines jeden Unternehmens sind die Qualifizierung der  
968 eigenen Mitarbeiter sowie die Ausbildung von Nachwuchs. Der Fachkräftemangel wird zu einem immer  
969 größeren Problem für den Erhalt der Wirtschafts- und Innovationsleistung aber auch für den demographischen  
970 Ausgleich innerhalb der Bevölkerung. Daher ist es notwendig, die Qualität der Ausbildung den Bedingungen am  
971 Arbeitsmarkt anzupassen.

972 **b) Gleichberechtigung und Leistungsgerechtigkeit**

973 Einstellungsquoten sind nicht im Interesse der berücksichtigten Gruppen oder der Unternehmens. Das einzige  
974 Kriterium in Einstellung und beruflichem Aufstieg müssen Leistung, Eignung und Befähigung des Einzelnen sein.

975 **c) Beamte**

976 Die Junge Union Brandenburg steht zu einem Berufsbeamtentum, welches sich ausschließlich auf die Ausübung  
977 hoheitlicher Aufgaben konzentriert.

978 **d) Kündigungsschutz**

979 Der Kündigungsschutz darf nicht verschärft werden, muss aber den aktuellen Anforderungen am Arbeitsmarkt  
980 angepasst werden. Der individuellen Lebens- und Familienplanung ist ebenso wie den gestiegenen  
981 Anforderungen an den Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben Rechnung zu tragen.

982 **e) Mitarbeiterbeteiligung**

983 Der Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung ist vielfach sinnvoll. Ein Angestellter, der anteilmäßig am Unternehmen  
984 beteiligt ist und an Vermögen gewinnt, wenn der Unternehmenswert zunimmt, wird vielfach engagierter und  
985 motivierter arbeiten. Auch können bei ausreichender Anzahl von am Unternehmen beteiligten Angestellten  
986 diese auf den Kurs des Unternehmens Einfluss nehmen. Die Anteile müssen aber jederzeit veräußerbar sein  
987 und dürfen nicht als Ersatz für eine der Inflation angepasste Lohnsteigerung herhalten. Ziel ist es nicht nur, die  
988 Bindung der Angestellten an das Unternehmen und die Bindung der Unternehmen an die Angestellten zu  
989 stärken: auch der Vermögensaufbau des Angestellten kann auf diese Weise gefördert werden.

990 **f) Arbeits- & Ladenöffnungszeiten**

991 Das Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands. Dazu gehört auch eine

992 flexible und individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten. Hierbei muss auf die Bedürfnisse der Familien  
993 eingegangen werden.

994 In diesem Sinne sprechen uns dafür aus, die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag frei zu geben.  
995 Grundsätzlich, mit berufsspezifischen Ausnahmen, muss der Sonntag als Ruhetag erhalten bleiben. Von den  
996 Kommunen speziell zu klassifizierende Bereiche in den Innenstädten, die vor allem durch touristische  
997 Kundschaft existieren, können für Sonn- und Feiertag jedoch Ausnahmeregelungen für die Ladenöffnungszeiten  
998 geschaffen werden. Generell soll der Sonntag jedoch als Familien- und Ruhetag erhalten bleiben.

999 **g) Zeitarbeit und Leiharbeit**

1000 In Zeiten der Krise hat sich das Modell der Zeitarbeit als wirksame Methode zur Reduzierung der  
1001 Krisensymptome erwiesen. Sie sind geeignete Instrumente zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und zur  
1002 Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Allerdings sind diese Instrumente im Rahmen einer langfristigen  
1003 Familienplanung und um der Verunsicherung der Arbeitnehmer in der individuellen Lebensplanung  
1004 entgegenzuwirken nach der Krise reduzieren.

1005 **h) Minijobs**

1006 Der bürokratische Aufwand zur Schaffung von Minijobs gerade im kurzfristigen Bereich muss deutlich reduziert  
1007 werden. Dem dauerhaften Ersatz fester, sozialversicherungspflichtiger Stellen durch Minijobs allerdings muss  
1008 entgegengewirkt werden.

1009 **i) Mindestlohn und Tarifautonomie**

1010 Die Junge Union Brandenburg spricht sich für branchenspezifische Flächentarife aus. Grundsätzlich sprechen  
1011 wir uns gegen Mindestlöhne aus. Allerdings muss ein Stundenlohn sich an dem Satz orientieren, ab dem sich  
1012 eine Arbeitsleistung gegenüber einem staatlichen Unterstützungsleistungen lohnt. Die kumulierten  
1013 Transferleistungen in Geld- und Sachleistungen, runter gebrochen auf die durchschnittliche Arbeitszeit plus  
1014 einem prozentual festzusetzenden Leistungsaufschlag, der klar macht, dass sich Arbeit lohnen muss, bilden hier  
1015 die Untergrenze.

1016 Eine europäische Harmonisierung der Arbeitskosten lehnen wir aufgrund der unterschiedlichen  
1017 Lebenshaltungskosten, Produktivitäten und Wirtschaftsstrukturen ab. Eine bereits erfolgende übernationale  
1018 Koordinierung darf nicht zu einer Vereinheitlichung führen, die die Leistungsstarken europäischen Länder  
1019 abbremst, nur um die Leistungsdefizite anderer Staaten formal auszugleichen. Ein Wettbewerb zwischen den  
1020 einzelnen volkswirtschaftlichen Wirtschaftsmethoden zwingt eher zu Strukturanpassungen als Gleichmacherei  
1021 vom Reißbrett.

1022 **j) Soziales**

1023 Der Sozialstaat muss reformiert werden, um auch in Zukunft noch bezahlbar zu sein. Vor allem muss er für  
1024 Arme, Kranke, Schwache und Hilfsbedürftige leistungsfähig sein. Solidarität und Gerechtigkeit sind die  
1025 Schlagworte des Sozialstaates. Doch um dies aufrecht zu erhalten, müssen Strukturreformen erfolgen. Es muss  
1026 klar sein: wer arbeiten geht, muss gegenüber dem, der nicht arbeiten geht einen deutlichen finanziellen Vorteil  
1027 genießen. Wer dies nicht will muss mit einer geringeren Unterstützung der Solidargemeinschaft rechnen.

1028 **k) Sozialdienst**

1029 Den Leistungen der Gesellschaft an denen, die von einem Transfereinkommen leben, muss eine entsprechende  
1030 Gegenleistung entgegenstehen. Die besteht zuvorderst in dem Bemühen um eine feste Arbeitsstelle. Um  
1031 denen, die arbeitsfähig sind aber keiner geregelten Tätigkeit nachgehen einen strukturierten Tagesablauf zu  
1032 ermöglichen und somit den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern ist eine gemeinnützige Arbeit  
1033 einzurichten. Die Höhe der erhaltenen Transferleistungen und der Umfang der zu leistenden gemeinnützigen  
1034 Arbeit müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Diese Tätigkeiten beschränken sich auf  
1035 Bereiche, die den Fähigkeiten der Arbeitenden angemessen sind und keine sozialversicherungspflichtigen  
1036 Stellen ersetzen, was kommunal im Vorhinein zu prüfen ist. Wer dieser geregelten, gemeinnützigen Arbeit  
1037 nachgeht, ist angehalten, sich weiterhin um einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu bemühen,  
1038 erhält aber für die Zeit der Tätigkeit den oben beschriebenen Mindesteinkommen.

1039 **l) Gesundheit**

1040 Die Ärzteversorgung auf dem Land muss sichergestellt werden: gerade ältere Menschen können weder weit  
1041 fahren, noch lange auf einen Arzt warten. Sollte diese Versorgung temporär nicht sichergestellt werden  
1042 können, ist die bewährte Idee einer Gemeindepflegekraft unbedingt zu unterstützen. Ferndiagnosen durch  
1043 Fachkräfte in Koordination mit medizinisch ausgebildeten Kräften vor Ort sind ebenfalls auszubauen. Zusätzlich  
1044 sollten bis zum Schulbeginn verpflichtende jährliche Untersuchungen für Kinder eingeführt werden.

1045 Die Menschenwürde ist unantastbar. Es ist daher die Versorgung gerade auch der älteren Menschen  
1046 uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Die entsprechend notwendigen Mittel und Stellen müssen auch  
1047 weiterhin in der Fläche, zur Verfügung stehen.

1048 Der Wettbewerb zwischen privaten einerseits und gesetzlichen Krankenversicherungen andererseits sollte  
1049 weiter gestärkt und die Privatvorsorge gefördert werden. Die Vorsorgeuntersuchung für Babys und Kleinkinder  
1050 muss unbedingt kostenlos beibehalten bleiben. Gesunde Kinder müssen dem Staat diese  
1051 Vorsorgeuntersuchung wert sein.

1052 Auch die im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hohen Medikamentenkosten sollten überprüft und  
1053 gegebenenfalls gedeckelt werden – unternehmensspezifischer Profit und die Gesundheit der Menschen  
1054 müssen in einem gesunden Verhältnis nicht zulasten der Bürger stehen.

1055 **m) Pflege**

1056 Die Pflege von Alten und Kranken ist am Anspruch eines menschenwürdigen Lebens für jeden Einzelnen zu  
1057 messen. Es kann keine einheitliche Pflege geben – es muss aber Mindeststandards geben, die für jeden gelten.  
1058 Der Anspruch auf ausreichende Pflege und Medikation ist nicht diskutabel. Die Anforderungen an die Pflege-  
1059 und Altersheime sind so zu halten, dass bei festgestellten Verstößen der Betrieb der Einrichtung umgehend  
1060 eingestellt wird. Die Kontrollen müssen regelmäßig und flächendeckend gehalten werden. Der  
1061 Betreuungsschlüssel ist an den Anforderungen zu messen und strikt einzuhalten.

1062 Die Ausbildung des Pflegepersonals muss den Anforderungen entsprechen – auch in den Einrichtungen, die von  
1063 sozial schwachen Rentnern besucht werden. Der Sozialstaat muss hier denen helfen, die sich eine  
1064 Mindestpflege nicht leisten können.



1066 **Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Teil des christlich-jüdisch geprägten Europas. Unser Land ist reich an**  
 1067 **Tradition und Geschichte, unsere Kultur ist über Europa hinaus bekannt und geschätzt. Diese Kultur sieht auf**  
 1068 **eine Entwicklung zurück, die sich über mehrere Jahrtausende erstreckt. Wenngleich wir sie nicht in Gänze als**  
 1069 **Teil der Identität Deutschlands betrachten können, so dürfen wir sie jedoch als Teil der deutschen Identität**  
 1070 **für uns in Anspruch nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger sind mehr als nur ein**  
 1071 **großzügiger Sozialstaat, eine ausgebaute Infrastruktur oder eine Exportnation. Das deutsche Volk besitzt**  
 1072 **eine kulturelle Identität, deren Erhaltung jedermanns Pflicht ist. Die Wertschätzung und der Respekt**  
 1073 **gegenüber anderen Kulturen und Nationen machen die Toleranz einer Gesellschaft aus. Grundsätzlich gilt,**  
 1074 **was schon Friedrich der Große sagte: "Die Religionen müssen alle toleriert werden und der Fiskus muss nur**  
 1075 **das Auge darauf haben, dass keine der anderen Abbruch tue, denn hier muss ein jeder nach seiner Façon**  
 1076 **selig werden." Diese entbehrt aber nicht des Respekts und der Wertschätzung gegenüber der eigenen Kultur**  
 1077 **und Nation.**

1078 **a) Geschichte**

1079 Insbesondere in einer zunehmend globalisierten Welt sind eigene Identität und das Bewusstsein für die eigene  
 1080 Herkunft, deren Grundlage die deutsche Kultur ist, essentiell. Die übergeordnete europäische, christlich-  
 1081 abendländische Kultur kann hier verbindendes Element aber nicht Ersatz nationaler Identität sein.  
 1082 Brandenburgs Geschichte ist vielseitig und wechselhaft. Zwischen Zeiten größter wirtschaftlicher und  
 1083 kultureller Blüte und den Abgründen von Krieg, Vernichtung und bitterem Leid liegen oft nur wenige Dekaden.  
 1084 Das Bekenntnis zur Geschichte seiner Region ist unabdingbar für ein Volk, welches eine gute Zukunft zu haben  
 1085 wünscht. Unser Schamgefühl für die dunklen Seiten unserer Geschichte darf jedoch nicht dazu führen, die  
 1086 Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Nation zu verleugnen und zu verdammen. Eine kritische  
 1087 und offene Auseinandersetzung mit unserer Herkunft und Geschichte sind Grundlage unseres heutigen  
 1088 Selbstverständnisses. Die heutigen Generationen tragen keine Schuld an historischen Verbrechen, stehen aber  
 1089 in der Verantwortung, die Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung einer positiven Zukunft zu ziehen.  
 1090 Unsere Geschichte umfasst beides: die schmerzlichen Erfahrungen und auch die tugendhaften Zeiten. „Aus der  
 1091 Schwärze der Knechtschaft durch blutige Schlachten ans goldene Licht der Freiheit“. Dieser Schlachtruf aus den  
 1092 Befreiungskriegen gegen Napoleon steht für eine der Grundlagen unserer heutigen Nationalfarben Schwarz-  
 1093 rot-gold. Zu diesen Farben und zu deren Geschichte bekennt sich die Junge Union Brandenburg aus vollem  
 1094 Herzen. Deren Werte zu verteidigen, dafür stehen wir ein.

1095 Geschichtsverfälschung, wie es im Dritten Reich oder der DDR an der Tagesordnung war, darf es in der ersten  
 1096 demokratischen Regierungsform seit Weimar in Brandenburg nicht mehr geben. Darum fordert die JU  
 1097 Brandenburg einen ideologiefreien und objektiven Geschichtsunterricht an den brandenburgischen Schulen.  
 1098 Die DDR und die Verbrechen des SED-Regimes müssen genau so ausgiebig behandelt werden, wie der Zweite  
 1099 Weltkrieg und die Shoah. Es ist daher unabdingbar darauf zu achten, dass nicht heute Vertreter und Anhänger  
 1100 vergangener Ideologien als Lehrer das Bild unserer Geschichte prägen. Historisch belastete Personen dürfen  
 1101 nicht erneut über unsere Zukunft entscheiden.

1102 Der Geschichtsunterricht an brandenburgischen Schulen ist daher verpflichtend für alle Jahrgänge einzuführen.  
 1103 Im Unterricht ist der Fokus auf die wesentlichen Ereignisse der deutschen und internationalen Geschichte zu  
 1104 legen, um ein umfangreiches Verständnis für historische Zusammenhänge zu schaffen.

1105 **b) Kultur**

1106 Die Kulturlandschaft in ganz Brandenburg ist seit der Deutschen Einheit zu einer neuen Blüte gelangt. Der Neu-  
 1107 bau von Theatern wie in Potsdam und Frankfurt (Oder) oder die Sanierung von bestehenden Bühnen wie in  
 1108 Cottbus oder Brandenburg an der Havel hat die kulturelle Landschaft Brandenburgs attraktiv und anspruchsvoll  
 1109 gemacht. Festspiele, wie das im Kloster Chorin, verleihen der Brandenburger Kulturlandschaft einen  
 1110 besonderen Reiz.

1111 Ebenfalls unterstützt die Junge Union freie Theater in Brandenburg. Mehr als zwanzig professionelle  
 1112 Theatergruppen gibt es in unserem Land, die von Oper, Kinder- und Jugendtheater über Komödie ebenso wie

1113 zeitgenössischen Tanz, Ballett, Puppentheater bis zu experimentellem Theater auf Freilichtbühnen und  
1114 Kulturhäusern auftreten. Diese Künstler verdienen unsere weitere Unterstützung. Aufgrund der finanziellen  
1115 Engpässe in den öffentlichen Haushalten sind Prioritäten bei der Unterstützung zu definieren; allerdings ist der  
1116 Wert unserer Kultur nicht ausschließlich in den geleisteten Ausgaben zu bemessen. Privates Engagement ist  
1117 heute unverzichtbar für den Erhalt unserer Kulturgüter geworden.

1118 Einen besonderen Stellenwert in der Brandenburgischen Kulturlandschaft nehmen die zahlreichen Schlösser  
1119 und die dazugehörigen Parkanlagen ein. Viele Schlösser und Herrenhäuser, die Brandenburg seinen  
1120 besonderen Reiz verleihen, konnten nach der Deutschen Einheit gerettet werden, ob durch private Nutzer,  
1121 Mäzene oder durch den Staat. Jegliches Engagement für die Erhaltung des historischen Erbes ist zu  
1122 unterstützen. Um jedoch noch immer vom Verfall und Abriss bedrohte Guts- und Herrenhäuser vor dem  
1123 endgültigen Verschwinden zu bewahren, müssen kreative und mutige Lösungen, wie der Umbau der Herren-  
1124 häuser in Wohnungen unterstützt werden.

#### 1125 **c) Deutsche Sprache**

1126 Die deutsche Sprache ist verbindendes Element und zugleich kultureller Kern unserer Identität. Sie zu  
1127 bewahren und zu stärken muss Aufgabe jeder Kulturpolitik sein. Sie darf nicht durch künstliche, politisch oder  
1128 ideologisch motivierte strukturelle Veränderungen beschädigt oder durch wachsende Minderheiten mit  
1129 anderer Sprachherkunft in unserem Land in Frage gestellt werden. Die deutsche Sprache ist seit jeher einem  
1130 stetigen Wandel unterworfen und wurde durch andere Sprachen ebenso bereichert, wie sie selbst Eingang  
1131 gefunden hat in andere Kulturkreise. Die gemeinsame Kommunikation braucht aber eine verbindliche  
1132 Grundlage. Daher ist die deutsche Sprache verfassungsrechtlich zu schützen.

#### 1133 **d) Religion**

1134 Die Junge Union Brandenburg bekennt sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen  
1135 zu den Wurzeln des christlichen Abendlandes. Wir bekennen uns uneingeschränkt zum christlichen  
1136 Menschenbild, d.h. dem Schutz des Lebens, Bewahrung der Schöpfung, zu Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit,  
1137 zur Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft, zu einer gerechten und solidarischen Leistungsgesellschaft  
1138 sowie einer an das christliche Menschenbild gebundenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Das „C“ im  
1139 Namen unserer Mutterpartei ist Orientierung und Verpflichtung für unser politisches Handeln. Dies bezieht  
1140 sich auch auf unseren Auftrag für den Schutz der Familie und die Ablehnung gesellschaftsgefährdender  
1141 Ideologien. Wir stehen für den Fortbestand bzw. die Wiedereinführung des Religionsunterrichts an öffentlichen  
1142 Schulen, fakultativ und gleichberechtigt neben dem Ethikunterricht. Wir bekennen uns zu der im Grundgesetz  
1143 verankerten Trennung von Kirche und Staat, zur Freiheit des Glaubens und Gewissens.

#### 1144 **e) Meinungsfreiheit**

1145 Wir sehen die Meinungsfreiheit in Deutschland bedroht. Nicht durch formale Zwänge, sondern durch  
1146 Äußerungs- und Denkschranken, die von Minderheiten einer Mehrheit vorgegeben werden. Eine Gleichsetzung  
1147 konservativer mit extremen Äußerungen soll statthafte Meinungen diskreditieren und eine  
1148 Meinungsführerschaft anderer politischer Richtungen sichern. Hierzu gehören auch als „politisch korrekt“  
1149 wahrgenommene Begriffsänderungen, die nicht mit Realitäten korrespondieren, aber im Sinne politischer  
1150 Ideologien Meinungen bilden sollen. Es gilt, die Meinungsfreiheit in unserem Land für alle Menschen zu  
1151 erhalten. Eine Einengung des freien Diskurses auf vorher vorbestimmte Sprach- und Denkbereiche lehnen wir  
1152 ab. Freiheit kann nur universal gelten – eine Meinungsvorgabe führt zu totalitären Strukturen.

## 13. MITGLIEDER DER GRUNDSATZKOMMISSION DER JUNGEN UNION BRANDENBURG

Kommissionsvorsitzender:

Philipp Schwab (KV Potsdam-Mittelmark)

Weitere Mitglieder:

Hans-Wilhelm Dünn	(KV Potsdam) Landesvorsitzender
Paul Marcus Brandt	(KV Frankfurt/Oder)
Tino Fischer	(KV Potsdam)
Oliver Hahn	(KV Prignitz)
Josefin Kraemer	(KV Cottbus)
Janne-Claas Krüger	(KV Frankfurt/Oder)
Sebastian Lauer	(KV Havelland)
Benjamin Minkau	(KV Frankfurt/Oder)
Kevin Pangenhardt	(KV Oberhavel)
André Roßbeck	(KV Cottbus)
Norman Siewert	(KV Märkisch-Oderland)
Christian Soyke	(KV Potsdam)
Nando Struefing	(KV Ostprignitz-Ruppin)
Philipp Sünboldt	(KV Prignitz)
Maria Wall	(KV Oderspree)
Eric Witte	(KV Frankfurt/Oder)